

Die Volkswacht erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis einschließlich der illustrierten Beilagen „Die neue Welt“ und „Für unsere Frauen“ monatlich 75 Pfg., vierteljährlich 2,25 Mk., einschließlich Tragerlohn. In den Abholstellen monatlich 60 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk., einschließlich Beilagen. Einzelnummer 5 Pfg.

# Volkswacht

Anzeigenpreise:  
Die 6spaltige Beilagenzeile 20 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die 3spaltige Reklamezeile 60 Pfg. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet. Bei Wiederholungen Rabatt laut Tarif

## Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition  
Paradiesgasse Nr. 32

### Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Beilagen: Die neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt  
Für unsere Frauen mit illustrierter Modenzeitung

Nr. 66

Danzig, Mittwoch den 20. Mai 1914

5. Jahrgang

## Eine neue Herausforderung des preussischen Volkes!

### Ein würdiger Nachfolger des Herrn v. Dallwitz

Machtverhältnisse sind für die Geschichte der Völker entscheidend. Daß unter Herrn v. Loebell nichts anders wird wie unter Herrn v. Dallwitz, stand für uns von vornherein fest. Auch ein Dallwitz muß halt nachgeben, wenn man ihn dazu zwingt; und ein lebenswürdig-zivilisierter Sonnenmensch, ein politischer Hans Dampf in allen Gassen, wird als Diener der Macht haben den Unterdrückten keinen Schritt breit nachgeben, wenn er es nicht zu ihm braucht.

Enttäuscht sind heute die Liberalen. Deren ewig unheilbares Leiden ist die Hoffnung auf den Segen von oben. Gar zu gern wollen sie an der Regierung teilnehmen, aber ihren Platz an der Sonne wollen sie sich nicht erobern. Um sich gegen die Junter zur Macht zu verhelfen, mühten sie sich auf das Proletariat stützen. Wenn sie aber einmal die Geister des Proletariats gerufen haben, so fürchten sie, daß ihnen eine Lohnrechnung präsentiert werden wird, und daß sie die Gerufenen nicht wieder werden los werden. Wollen sie also nicht auf jede Teilnahme an der Regierung verzichten, und wollen sie ebenso wenig um ihre Macht kämpfen, so bleibt ihnen als letzter Hoffnungsschimmer nur die naive Erwartung, der frei Willen des Königs oder eines lebenswürdigen Ministers würde ihnen Zugeständnisse machen. Als Herr v. Loebell zum Minister des Innern ernannt wurde, da rühmten die Wortführer und die Blätter der Liberalen diesen Intimus des Fürsten Bülow als den Minister für liberale Reformen, als den Reformator insbesondere des preussischen Wahlgesetzes.

Am Montag stand nun die dritte Lesung des Etats auf der Tagesordnung. Herr v. Loebell erschien, nachdem der Fortschrittler Bachnide bereits eine Zeilung gesprochen hatte. Der Redner erkundigte sich nach dem Stande der preussischen Wahlreform und fragte, ob der neue Minister des Innern sich für die Einführung des direkten und geheimen Wahlrechts und für die Milderung des plutokratischen (d. h. die Herrschaft der Reichen bedingenden) Charakters des Wahlsystems einsetzen würde.

Dann sprach der Minister. Zuerst gab er Auskunft auf eine angeblich von Herrn Bachnide an ihn gestellte Frage über die Fremdenlegion. Herr Bachnide hatte eine solche Frage gar nicht an den Minister gerichtet. Offenbar hatte ein Geheimrat dem Minister irrtümlich mitgeteilt, daß eine solche Frage ausgesprochen worden sei. Dann aber verneinte der Minister die Frage Bachnides, ob er sich um die Einführung des direkten und geheimen Wahlrechts bemühen würde. Die einzige Einschränkung dieser Ankündigung liegt in der Bemerkung des Ministers, er habe sich über die Wahlrechtsfrage noch keine eigene Meinung gebildet, aber er lehne es dankend ab, als der Minister für Wahlreform angesehen zu werden. Nach dem uns vorliegenden Bericht lautete die Erklärung des Herrn v. Loebell:

Zur Wahlreformfrage erklärt er, darauf nicht ganz gefaßt gewesen zu sein, denn er sei erst neun Tage im Amt. Dr. Bachnide fragt mich, ob ich die geheime und direkte Wahl vorschlagen wolle. Ich kenne Dr. Bachnide seit langer Jahren als lebenswürdigen Herrn; da muß ich mir die Gegenfrage erlauben: Herr Dr. Bachnide, wodurch habe ich das verdient? (Sehr gut! rechts. Erklaunte Zurufe links. Abg. Dr. Bachnide: Man hat doch ein Programm!) Damit aber kein Zweifel und keine Mißdeutung möglich ist, will ich diese Frage heute

mit Nein beantworten. (Hört! Hört! und Unruhe links.) Das Vertrauen, als ob ich ein Minister für Wahlreform wäre, muß ich dankend ablehnen. Die Richtung der Politik in Preußen bestimmt der Ministerpräsident und das Staatsministerium. Der Ministerpräsident hat schon am 13. Januar erklärt, daß die Regierung eine Wahlreform vorlegen werde, sobald der Zeitpunkt geeignet erscheine. Darin ist keine Aenderung eingetreten. Als aufmerksamer Beobachter habe ich in den letzten Jahren den Eindruck gewonnen, als ob das Wort Wahlreform eine gewisse Hypnose ausübte. Auf einer Seite erwartet man von der Wahlreform den Anfang des demokratisch-parlamentarischen Paradieses. Es ist gut, diese Frage nüchtern und objektiv zu betrachten und ihrer Mystik zu entkleiden. Schon Fürst Bülow stellte fest, daß die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen dem Staatswohl nicht entsprechen würde und daß auch die geheime Wahl nicht in Aussicht gestellt werden könnte. Es ist

niemals beabsichtigt worden, eine Verjüngung des Staates der Massen, eine Demokratisierung des Wahlrechts

vorzunehmen, sondern der Einfluß des Mittelstandes in Stadt und Land soll gesichert und gestärkt werden. Der Minister schließt sich der Behauptung seines Vorgängers v. Dallwitz an, daß die Regierung der Ankündigung der Thronrede vollkommen gerecht geworden sei und schließt damit, daß er die aus seiner Abgeordnetenezeit herrührenden freundlichen Beziehungen zu allen bürgerlichen Parteien fortzuführen wünsche. (Beifall rechts.)

Amüsant ist es, anlässlich dieser Erklärung die Königsberger Hartungische Zeitung vom 19. Mai mit der vom 20. April zu vergleichen:

Die Hartungische am 20. April:

Aber wir werden es schon als eine Erleichterung des gesamten politischen Lebens in Preußen und im Reich begrüßen, wenn man nun nicht länger von einem „preussischen Ministerium des inneren Mittelstandes“ reden müßte. Ein Glück schon, wenn sich die Regierungsmaschinerie um einen Grad weniger rückwärts dreht. Die Wahlrechtsreform wird mindestens bewiesen, daß alles falsch gewesen ist, was die Konservativen zur Verteidigung jenes unerträglichen Unrechts gegen den Liberalismus vorgebracht haben, und daraus wird dann mit Recht der Schluß gezogen werden, daß auch auf allen anderen Gebieten der konservativen Widerstand gegen Reformen unberechtigt ist und schließlich der natürlichen Entwicklung weichen muß.

Genosse Liebknecht antwortete sofort. Daß die von ihm ausgeteilten Hiebe faßen, bewiesen unter anderem zwei in der Form von Ordnungsrufen an unsern Redner ausgeteilte parlamentarische Ehrenzeichen. Unter dem Vorbehalt der Rechte und der stärksten Zustimmung unserer Fraktion erklärte er, daß das gleiche Wahlrecht in Preußen zur Tatsache werden würde, und wenn sich noch so viele preussische Minister dagegen stemmten. Es käme in letzter Linie eben nicht auf den Willen der Regierung, sondern auf den Willen des arbeitenden Volkes an. Im übrigen mies Liebknecht auf den übereinstimmenden Friedenswillen des französischen und des deutschen Volkes hin.

Liebknecht führte aus:  
Das Auftreten des Ministers war so blamabel, wie möglich. (Vizepräsident Dr. Forst ruft den Redner zur Ordnung.) Diese Ministerrede bewies wieder, daß ein preussischer Staatsmann nicht über den Parteien stehen kann, sondern daß er seine Aufgabe einfach darin erblickt, ein Parteigänger der Konservativen zu sein. Er war überrascht davon, daß Dr. Bachnide die Wahlrechtsfrage anschnitt. Wie soll ich die Ueberraschung kennzeichnen, die uns alle ergriff, als wir aus dem Munde des für die Wahlreform verantwortlichen Ministers hörten, er habe erwartet, daß bei der Staatsberatung die wichtigste und dringendste Frage der preussischen und deutschen inneren Politik nicht erwähnt werden würde! Wir sehen, daß der jetzige Minister nur eine andere Nummer trägt, im Wesen aber dasselbe ist, wie Dallwitz. Und fast wäre man versucht, zu rufen:

„Dallwitz kehre zurück, es ist Dir alles vergeben!“  
Durch diesen Minister ist Dallwitz überdallwitzt. (Heiterkeit links.) Das unmöglich Scheinende ist Ereignis geworden. Man hätte gedacht, es sei unmöglich, daß der neue Minister an dem hinterwäldnerisch-agrarischen Dreiklassenwahlrecht festhalten würde. Wir sehen aber einen Minister, der darüber erschrocken ist, daß man ihm zumutet, heute schon überhaupt eine Ansicht über die preussische Wahlreform zu haben! Es gibt in Deutschland kaum ein Kind von über 10 Jahren, das nicht bereits von der Wahlrechtsfrage gehört hätte, jeder junge Mann, sobald er sich überhaupt mit Politik befaßt, bemüht sich bereits, eine Auffassung über die preussische Wahlrechtsfrage zu finden — würde man von einem reiferen Mann, und ganz besonders von dem für die Wahlreform verantwortlichen preussischen Minister, erwarten können, daß er sich eine bestimmte Auffassung nicht bereits gebildet, sondern daß er keine Ahnung haben könnte über seine Stellung zur Wahlreform?

Ist das wo anders möglich, als in Preußen?  
Aber gleich nachher sprach der Minister doch eine Auffassung aus — offenbar diejenige des Geheimrats, der ihm sein Manuskript gemacht hat, oder die des Herrn v. Dallwitz. Wir haben uns ja bereits gewöhnt, China als das Land des Fortschritts anzusehen

und Preußen als das chineesche Land der ganzen Welt. (Unruhe rechts.) Aber das hätte man doch nicht erwartet, daß uns in der Rede des Ministers die versteinerten Geistesblüten Dallwitz entgegenreten würden. Die Tatsache allein, daß der neue Minister auch die Frage, wie es mit dem direkten und geheimen Wahlrecht, mit der Einschränkung der Wirkungen des Besitzes auf die Verteilung in die Wählerklassen werden soll, mit einem glatten Nein beantwortet hat, hat ihn bereits

als einen Unterworfenen der deutsch-konservativen Wahlrechts- und Volksfelde entlarvt.

(Lärm rechts.) Wir mußten das voraus, denn die liberalen Kronprinzenhoffnungen haben mir nicht geteilt. Gewiß macht nicht ein Minister die preussische Politik, sondern ganz andere Leute. Der Minister tut mir wegen seiner unwürdigen Stellung leid, er hat sich mit Haut und Haaren den Konservativen verschrieben, eine Kastration... (Stürmische Psutrusse rechts — Zweiter Ordnungsruf — Der Redner bemerkt, daß seine Worte offenbar mißverstanden seien und fährt fort.) Die heutige Debatte beweist wieder, daß sich alles um die Sozialdemokraten dreht. Gleich Dr. Bachnide lehnen auch wir ab, mit der Volkspartei in einen Topf geworfen zu werden. Wegen des Stichwahlbündnisses sollte man den Fortschrittler keine Vorwürfe machen, denn unsere Hilfe ist auch schon von allen anderen bürgerlichen Parteien erbeten worden. Wenn Herr Wachhorst de Wente in Stendal unsere Hilfe will, wird er auch unsere Bedingungen annehmen müssen.

Dr. Bachnide gegenüber stelle ich fest, daß wir keineswegs das Vaterland wehrlos machen, im Gegenteil ein Wehrsystem einführen wollen, das mindestens dieselbe Verteidigungskraft hat, wie das militärische. Die französischen Kammerwahlen, die Aufnahme der Josephslegende von Richard Strauß und die des Kanzelredners Prinz Max von Sachsen in Paris sind Symptome für das Bedürfnis nach Solidarisierung der großen Kulturvölker. Das Wachen des Sozialismus hüben und drüben verbürgt den Frieden. Es ist unrichtig, wenn Dr. Bachnide diejenigen Sozialisten, die ruhige Fortentwicklung bis zur sozialistischen Gesellschaft wollen, als Revisionisten hinstellt; dies ist vielmehr das Ziel des wissenschaftlichen Sozialismus im Gegensatz zum utopischen. Auf die steigende Macht der internationalen liberalen Schachmacher gründen sich die Sammlungshoffnungen der Zebly, Heydebrand und Erzberger. Nur die Macht der reaktionären Parteien in diesem Hause und draußen in der Verwaltung macht eine solche Witterterrede möglich wie die heutige. Vor einigen Monaten hat uns Herr v. Heydebrand hier aufgefordert doch endlich Revolution zu machen; das beweist klar, daß Sie sich nicht auf irgendwelche geistige Macht stützen, sondern auf die Bajonette und Gewehre. Mit dem gescheiterten Versuch soll das königliche Wahlreformversprechen erfüllt sein. Bei Wachzüllen und bei der Anebelung der Arbeiterklasse sind Sie beharrlicher. Das preussische und deutsche Volk aber hält die heutigen preussischen Zustände für unerträglich, es will sein Schicksal in die eigene Hand nehmen, es nimmt den Kampf auf, um Preußen zu verdeutscheln, damit Deutschland endlich Deutschland sein kann und nicht mehr Preußendeutschland sein muß. (Beifälliges Bravo! b. d. Soz. — Lachen rechts.)

Der konservative Abgeordnete v. Heydebrand sprach dem Minister v. Loebell wegen der Ablehnung der Wahlreform seine Zustimmung aus. König Heydebrand entrüstet sich über das Stichwahlabkommen der Fortschrittlichen Volkspartei mit der Sozialdemokratie und bemerkte, daß dieses Abkommen auch durch die heftigsten Angriffe Bachnides auf die Sozialdemokratie nicht in Vergessenheit geraten könnte.

Der nationalliberale Abg. Friedberg erklärte, daß seine Partei grundsätzlich kein Stichwahlabkom. mit der Sozialdemokratie schließe. Und dann — es ist zu drollig — gab Herr Herold für das Zentrum die gleiche Erklärung ab, obwohl das Zentrum sehr oft und sehr gern Stichwahlkompromisse mit der Sozialdemokratie abgeschlossen hat. Herr Herold freilich erklärte das einst im Dom zu Speyer zwischen Zentrum und Sozialdemokratie für die bayerischen Landtagswahlen abgeschlossene Kompromiß als eine — Privatsache einiger Zentrumsleute!

Nun sollte unser Genosse Ströbel zum Wort kommen, aber ehe es dazu kam, wurde die Debatte geschlossen. Ein Teil der Junter hatte bereits die Automobile unten stehen, um zum Flugplatz in Johannisthal zu eilen. Deshalb mußte schleunigst Schluß gemacht werden, so daß mit einer erregten Geschäftsordnungsdebatte die Sitzung schloß.

## Die Sitzung am Dienstag hat erneut gezeigt, daß nicht von oben herab, sondern nur von unten auf der preussische Staat von der Junterherrschaft und dem Geldsackregiment befreit werden kann. Die Parole des preussischen Proletariats bleibt: Nieder mit der Dreiklassenmach!

# Gruners Ende

## Der Skandal der Volksversicherungen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: An der Montagsausgabe behauptet der „Vorwärts“, daß der frühere Präsident des kaiserlichen Aufsichtsamtes für Privatversicherung, Wilhelm Gehelmer Rat Gruner, gegen seinen Wunsch und wegen Anfeindungen aus dem Kreise der öffentlich rechtlichen Lebensversicherungsanstalten aus dem Amte geschieden sei. Diese Behauptung entbehrt jedes tatsächlichen Grundes. Gruner, der sein Amt in hervorragender Weise erledigt hat, ist zu seinem großen Bedauern, und sehr gegen den Wunsch der Reichsverwaltung aus Gesundheitsrücksichten genötigt gewesen, seine Veretzung in den Ruhestand zu beantragen. Er ist lediglich aus diesem Grunde aus dem Amte geschieden.

Die Mitteilung des „Vorwärts“ ist aber doch zutreffend. Schamlos wurde bis zur Gründung der „Volksfürsorge“ das unbemittelte Publikum von schlaun Versicherungsgesellschaften ausgepumpt. Enorme Dividenden zahlten diese Institute. Tausende von Proletariern gingen eine Lebensversicherung ein und verloren ihre Beiträge, weil sie nicht ununterbrochen bezahlen konnten. Da wurde mit dem Kapital der Gewerkschaften und Genossenschaften die „Volksfürsorge“ gegründet, die ihr Anlagekapital nur mit 4 v. H. verzinst und bei den Versicherten kein Pfennig ihrer Beiträge verloren geht.

Am Freitag war Genosse Scheidemann in der Lage, im Reichstag aus Geheimdokumenten, die ihm zugänglich waren, nachzuweisen, welche Schwierigkeiten der „Volksfürsorge“ in dem Weg gelegt worden sind. Da wandte sich zunächst der Geheim Oberregierungsrat Rapp, der straflos über die „Volksfürsorge“ unwahre Tatsachen verbreiten darf, weil das Ministerium für ihn den „Kompetenzkonflikt“ erhebt, an den Minister des Innern, den interessanten Dallwitz, mit dem Wunsch, es solle der „Volksfürsorge“ die Genehmigung verweigert werden. Rapp machte darauf aufmerksam, daß nach dem Gesetz die Genehmigung verweigert werden kann, „wenn Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß ein den Gesetzen oder den guten Sitten entsprechender Geschäftsbetrieb nicht stattfinden wird.“ Rapp erklärte, es sei „zweifelhaft“, ob man daraufhin die „Volksfürsorge“ verbieten könne, und fuhr fort:

Unter Umständen würde daher nichts anderes übrig bleiben, als aus den Versicherungstechnischen Unterlagen des Unternehmens die Gründe zur Veragung seiner Zulassung herauszufinden oder diese doch wenigstens so lange wie irgend möglich hinauszuschieben.

Also, dieser Geheim Oberregierungsrat Rapp gibt klar und deutlich den Rat, man solle Vorwände suchen, um rechtswidrig die Gründung der „Volksfürsorge“ zu verhindern oder doch zu verzögern.

Rapps Weisungen suchte man im Ministerium möglichst Rechnung zu tragen. Sofort wandte sich brieflich der reaktionäre Herr v. Dallwitz an den Reichsanzler mit der Mitteilung, die Kriegervereine würden Schritte tun, um „die sozialdemokratische Volksfürsorge“ durch ein Konkurrenzunternehmen zu bekämpfen. In dem Brief dieses Herrn v. Dallwitz heißt es:

Unter diesen Umständen würde der Versuch, die Durchführung dieses Planes jetzt zugunsten einer etwaigen Vereinigung der privaten Lebensversicherung zurückzuführen, die nur geschäftliche Interessen verfolgen und in ihrem Betriebe auf die vaterländische Gesinnung der Angehörigen keinerlei Rücksicht nehmen kann, in den Kreisen des Deutschen Kriegerbundes, der in rund 20 000 Vereinen etwa 2 Millionen Mitglieder umfaßt, die bedeutlichste Bewirkung und Mißstimmung hervorrufen, und, wie ich annehmen darf, auch bei dem Allerbötesten Protektor des Deutschen Kriegerbundes, dem die Sachlage kaum unbekannt bleiben dürfte, kein Verständnis finden.

Dann wandte sich der direkte Vorgesetzte des Direktors des Aufsichtsamtes für Privatversicherung Herr Dr. Delbrück, der Staatssekretär des Reichsamtes des Innern (nebenbei preußischer Minister ohne Portfeuille) an seine sämtlichen lieben Kollegen im preußischen Staatsministerium. Delbrück, der die Genehmigung der „Volksfürsorge“ auf Grund des Gesetzes schließlich hatte ausprechen müssen, warnte davor, dem Kriegerbunde alle in zu überlassen, der „Volksfürsorge“ entgegenzuarbeiten. Delbrück legte dar, daß doch auch die christlichen Gewerkschaften, die katholischen Gewerkschaften, die „Wirtschaftsfriedlichen“ usw. zur „Bekämpfung der Sozialdemokratie“ herrett seien.

Im Auftrage des Reichsanzlers versandte dann Dr. Delbrück folgendes Zirkular:

Berlin, den 26. November 1912.  
Die Pläne der privaten Gesellschaften zu einer Reform unseres Volksversicherungswesens sind durch mein Schreiben vom 18. November 1912 — C. B. 1415 —, wenigstens in großen Zügen, dargestellt. Inzwischen hat auch die vom Staatsminister von Müller zusammenberufene Konferenz, in der eine Reihe von weiteren Plänen zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Volksversicherung besprochen worden ist, gelangt. Ihre Ergebnisse, die zu einem bestimmten Ziele noch nicht geführt haben, sind, wie ich annehmen darf, hiet bekannt.

Hiermit beehre ich mich, zu einer Aussprache über die Stellungnahme, welche die Behörden den verschiedenen Plänen zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Volksversicherung gegenüber durch Förderung neuer Versicherungseinrichtungen einzunehmen haben werden, auf

Mittwoch den 4. Dezember 1912, vormittags 11 Uhr,

nach dem Reichsamt des Innern einzuladen.  
Einladungen haben sämtliche Herren Staatsminister und die Herren Chefs der beteiligten Reichsämter erhalten.

In Vertretung  
gez.: Delbrück.

Der Präsident des Aufsichtsamtes Gruner war denn auch bald in der Lage, dem Staatssekretär mitzuteilen, welches Ergebnis diese Bemühungen gehabt hätten und daß es gelungen sei, „zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Volksfürsorge“ eine Gesellschaft zu gründen. Also die Behörden verhielten sich nicht neutral und überließen den verschiedenen Versicherungsgesellschaften, mit einander zu konkurrieren, sondern waren eifrig tätig, um der angeblich sozialdemokratischen, tatsächlich völlig unpolitischen „Volksfürsorge“ das Leben so schwer wie möglich zu machen. Noch ehe die Behörden die unvermeidliche Genehmigung zur Gründung der „Volksfürsorge“ gaben, taten sie die ersten Schritte zur Schaffung von Konkurrenzunternehmen.

Kurze Zeit später mußte Gruner gehen. „Aus Gesundheitsrücksichten“ natürlich! Wer lacht da nicht? In der amtlichen Mitteilung von seiner Entlassung wurde „hohes Alter“ als Grund angeführt.

Ach nein! Der wahre Grund ist gewesen, daß auf Grund seiner Bemühungen die „Deutsche Volksfürsorge“ begründet wurde, die zwar mit der „Volksfürsorge“ aber auch mit den Kappschen „Öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungsanstalten“ konkurriert. Die „Kriegervereine“, auf die sich Dallwitz in seinem ersten Brief berief, wollten die „Öffentlich-rechtlichen“ unterstützen. Delbrück und Gruner riefen nachher die „Deutsche Volksfürsorge“ ins Leben. Die „Öffentlich-rechtlichen“ kreditieren ihre Mittel den Grundbesitzern und leihen ihnen an Stelle kündbarer Hypotheken sogenannte Amortisationshypotheken, die allmählich getilgt werden. Die Junker wollten die Kappsche Gründung unterstützen; Gruner und Delbrück förderten die „Deutsche Volksversicherung“.

Vor den Anfeindungen Rapps ist der erste Präsident des noch nicht alten Aufsichtsamtes für Privatversicherung ge-

wichen; er fühlte sich offenbar von Delbrück nicht genügend unterstützt, obwohl dieser mit ihm am gleichen Strang gezogen hatte.

Daß die „Norddeutsche Allgemeine“ diesen Tatbestand leugnen würde, war vorauszufragen, als der „Vorwärts“ am Montag mit seinen Enthüllungen aufwartete.

Die „Volksfürsorge“ gedeiht so ausgezeichnet, daß wir übrigens den standalösen Versuch, sie mit behördlicher Unterstützung und unter Anwendung von Verleumdungen zu bekämpfen, mit Nichtigkeiten abzuwehren können.

## Politische Uebersicht Deutschland

Berlin, den 18. Mai. Genosse Liebtnecht veröffentlicht im Vorwärts einen Artikel über den verstorbenen Gouverneur von Mek. General v. Lindenau. Der Präsident des Reichstags hatte verhindert, diese Angelegenheit im Reichstage zur Sprache zu bringen. Genosse Liebtnecht weist nun im Vorwärts nach, daß der General v. Lindenau nicht nur außerordentlich stark verjüngt, sondern auch Schwergewichtler nicht abhold war. Im v. Lindenau, dem die Ordnungspresse vom Tageblatt bis zur Kreuzzeitung tiefempfundene Nachrufe widmete, trauern rund 100 000 Gläubiger aus allen Schichten der Bevölkerung: Handwerker, Kaufleute, Apotheker, Rechtsanwälte, Bankiers, Kommerzienräte, selbst Rittergutsbesitzer, hohe Beamte und Offiziere. Die Schulden, die der General hinterlassen hat, betragen rund eine Million Mark; nach Angabe des Konkursverwalters dürfte die Dividende höchstens einige Prozente betragen.

Aber das schlimmste ist ein Dokument, das v. Lindenau am 20. April 1913 unterzeichnet hat und in dem es heißt:

„Ich bestimme hierdurch, heute von Herrn Dr. . . . 5000 Mark in bar empfangen zu haben mit der Maßgabe, daß dieser Betrag verfallen ist, sobald Herr Dr. . . . durch die Gnade S. M. des Königs bis spätestens 1. Juli 1914 zum preussischen Medizinalprofessor ernannt worden ist.“

Ist bis zu diesem Termin die Ernennung des Herrn Dr. . . . nicht erfolgt, so zahle ich den Betrag von 5000 Mark in bar ohne jeden Abzug zinsfrei sofort an Herrn Dr. . . . zurück. . . .“

Kein Wunder, daß die Hüter für Sitte und Ordnung entrüstet waren, als Genosse Liebtnecht sich anschickte, über diesen Toten einige Wahrheiten zu sagen.

Die reaktionäre Presse vom Montag abend ist über die Bloßstellung dieses militärischen Heiligen völlig niedergeschlagen. Die „Tägliche Rundschau“ kann noch nicht recht die Wahrheit des Lindenauschen Briefes erfassen. Für die „Post“ ist Lindenau erledigt; um so wahnsinniger fällt sie über Liebtnecht her, der es wagte, „ein Grab aufzureißen und einen Toten herauszuzerren, um ihn zu malträtieren“.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist ein Gesetzentwurf zugegangen, nach welchem der Staatsregierung ein weiterer Betrag von 20 Millionen Mark zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, zur Verfügung gestellt werden soll.

Die Wertzuwachssteuer in Sachsen. In der zweiten sächsischen Kammer wurde am Montag mitgeteilt, daß die

# Die Götter dürsten

Roman aus der französischen Revolution von Anatole France

40)

Brotteaug sah in seiner Dachkammer und schnitt Hampelmann aus, während der Vater Longuemare, ihm gegenüber sitzend, ihre verstreuten Glieder auf Bindfäden zog und mit Befriedigung sah, wie unter seinen Fingern Takt und Harmonie entstanden.

Als der König die Gemehrkolben auf der Treppe dröhnen hörte, erbeute er an allen Gliedern. Nicht daß er mehr Angst gehabt hätte, als Brotteaug, der unbewegt blieb, aber die irdischen Rücksichten hätten ihn nicht gelehrt, seine Haltung zu bewahren. Bei den Fragen des Bürgers Delourmel begriff Brotteaug, woher der Schlag kam, und erkannte etwas spät, daß man sich den Frauen nie anvertrauen soll. Der Kommissar forderte ihn auf, ihm zu folgen; er nahm seinen Kutrez und seine drei Heinden mit.

„Dieser Bürger“, sagte er auf den Vater Longuemare deutend, „ist ein Gehilfe, den ich zur Anfertigung meiner Hampelmannen engagiert habe. Er wohnt hier.“

Da aber der König keinen Bürgerchein vorweisen konnte, so wurde er mitamt Brotteaug verhaftet.

Als der Zug an der Portierloge vorbeikam, blickte die Bürgerin Remacie, auf ihren Befehl gestützt, ihren Mieter mit der Miene der Tugend an, die das Wasser in der Hand des Gelehrten steht. Die kleine Josephine hielt Roustan verächtlich am Halsband zurück, als er den Freund, der ihm Zucker gegeben, lieblos anstarrte. Ein Schwarm Neugieriger erfüllte die Place de l'Abbaye.

Am Fuße der Treppe traf Brotteaug mit einem Bauernmädchen zusammen, das die Treppe hinauf wollte. Sie trug unter dem Arm einen Korb voll Eier und in der Hand einen Brotlaib, in ein Tuch eingeschlagen. Es war Athenais. Sie kam aus Palaisceaur, um ihrem Retter eine Dankesgabe zu bringen. Als sie merkte, daß Beamte und vier Grenadiere „Herrn Maurice“ abführten, blieb sie verblüfft stehen, fragte, ob es denn wahr sei, trat auf den Kommissar zu und sagte mit kälter Stimme:

„Sie wollen ihn doch nicht verhaften? Das ist doch nicht möglich. . . Sie kennen ihn ja garnicht! . . . Er ist so gut wie der liebe Gott.“

Der Bürger Delourmel ließ sie zurück und winkte den Grenadiere, weiterzugehen. Da schanderte Athenais die schmutzigsten Schimpfworte, die gemeinsten Schmähungen gegen die Beamten und Soldaten, so daß ihnen zumute war, als würden alle Eimer vom Palais Royal und der Rue Fra-

menteau auf sie ausgegossen. Dann schrie sie mit einer Stimme, die über den ganzen Platz gellte und die Menge der Zuschauer erbeben ließ:

„Es lebe der König! Es lebe der König!“

### Achtzehntes Kapitel.

Die Bürgerin Gamelin liebte den alten Brotteaug und hielt ihn für den lebenswürdigsten und zugleich für den bedeutendsten Menschen, den sie jemals kennen gelernt hatte. Als man ihn abführte, hatte sie ihm nicht Lebewohl gesagt, aus Furcht, der Staatsgewalt Trost zu bieten, und weil sie in ihrer niedrigen Stellung die Freigebigkeit für eine Pflicht hielt. Aber sie hatte von ihm einen Blick empfangen, von dem sie sich nicht erholt.

Sie konnte nichts essen und sagte, daß sie den Appetit in dem Augenblick verloren hätte, wo sie endlich genug besah, um ihn zu befriedigen. Ihren Sohn bewunderte sie noch; allein sie wagte nicht mehr an das furchtbare Amt zu denken, das er verrichtete, und war froh, nur eine unwissende Frau zu sein, um ihn nicht verurteilen zu müssen.

In der Tiefe eines Koffers hatte die arme Mutter einen alten Rosenkranz gefunden. Sie wußte zwar nicht recht damit umzugehen, aber er beschäftigte doch ihre zitternden Finger. Nachdem sie sich bis in ihr Alter wenig um die Religion bekümmert hatte, wurde sie fromm und besetzte den ganzen Tag im Herdwinkel zu Gott, daß er ihren Sohn und den guten Brotteaug erretten möchte. Gladie kam oft zu ihr; sie wagten sich nicht in die Augen zu sehen und plauderten, beieinander sitzend, von gleichgültigen Dingen.

Eines Tages im Monat Pluviose, als ein dichtes Schneegestöber den Himmel verdüsterte und alle Geräusche der Stadt dämpfte, hörte die Bürgerin Gamelin, die allein in der Wohnung verlebte sie das geringste Geräusch in Schrecken. Als sie die Tür öffnete, trat ein junger Mann von achtzehn bis zwanzig Jahren mit dem Hut auf dem Kopf ein. Er trug einen flachen grünen Carrié, dessen drei Kragen seine Brust und Taille bedeckten, und englische Stiefel. Sein kastanienbraunes Haar fiel in Locken auf seine Schultern herab. Er schritt bis in die Mitte des Ateliers, wie um möglichst in das Licht zu treten, das bei dem Schneetreiben noch durch die Scheiben fiel, und blieb eine Weile stumm und unbeweglich stehen.

Schließlich, als die Bürgerin Gamelin ihn sprachlos anblickte, sagte er:

„Erkennst du deine Tochter nicht?“

Die alte Frau schlug die Hände zusammen.

„Julie! . . . Du! . . . Gott, ist's möglich?“

„Ja, gewiß, ich bin's! Umarme mich, Mutter.“

Die Witwe Gamelin schloß ihre Tochter in die Arme und

ließ eine Träne auf ihren Mantelkragen fallen. Dann fuhr sie in bangem Tone fort:

„Du in Paris!“ . . .

„Ach, Mama, warum bin ich nicht allein gekommen! . . . Mich erkennt niemand in dieser Kleidung.“

Der Carrié verbarg ihre Formen in der Tat, und sie sah nicht anders aus, als viele junge Leute, die wie sie langes, in der Mitte geschaiteltes Haar trugen. Ihre feinen und anmutigen Gesichtszüge, vom Wetter gebräunt, vor Erschöpfung hoch, von Sorgen gehärtet, gaben ihr ein festes, männliches Aussehen. Sie war schlank, hatte lange, gerade Beine und sichere Bewegungen; nur ihre helle Stimme konnte sie verraten.

Ihre Mutter fragte sie, ob sie Hunger hätte. Sie erwiderte, daß sie gern etwas esse, und als die Witwe ihr Brot, Wein und Schinken auftrug, langte sie zu, einen Ellbogen aufgestemmt, schön und heißungig wie Ceres in der Hütte der alten Baubo.

„Mama“, fragte sie, das Glas noch an den Lippen, „weißt du, wann mein Bruder heimkehrt? Ich will mit ihm reden.“

Die gute Frau blickte ihre Tochter verlegen an und gab keine Antwort.

„Ich muß ihn sprechen“, wiederholte Julie. „Mein Gatte ist heute früh verhaftet und ins Gefängnis gebracht worden.“

Den sie als Gatte bezeichnete, war Fortuné von Chassigne, vormals Edelmann und Offizier im Regiment Bouillé. Er hatte eine Liebchaft mit ihr gehabt, als sie Modistin in der Rue des Lombards war. Als er nach dem 10. August ausgewanderte, hatte er sie entführt und mit nach England genommen. Er war ihr Liebhaber, doch sie fand es vor ihrer Mutter bezenter, ihn als Gatten zu bezeichnen. Auch sagte sie sich, daß das Unglück ihre Ehe besiegelt hätte und daß das Elend ein Sakrament sei. Mehrmals hatten sie beide die Nacht auf einer Bank in den Londoner Parks verbracht und unter den Eichen der Schenken von Piccadilly die Brotreste aufgefressen.

Ihre Mutter gab keine Antwort und blickte sie trüb an.

„Versteht du mich nicht, Mama? Die Zeit drängt, ich muß Carrié gleich sprechen. Er allein kann Fortuné retten.“

„Julie“, erwiderte die Mutter, „es ist besser, du sprichst mit deinem Bruder nicht.“

„Wie? Was sagst du, Mutter?“

„Ich sage, es ist besser, du sprichst mit deinem Bruder nicht über Herrn von Chassigne.“

„Mama, es muß doch sein!“

„Mein Kind, Carrié vergibt es Herrn von Chassigne nicht, daß er dich entführt hat. Du weißt, mit welchem Angehimm er von ihm sprach, welche Namen er ihm gab.“

(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten

Kanalfuhr erhält eine Konzession. Den tatkräftigen Bemühungen der Kanalführer Mitglieder ist es gelungen, ihre Zahl soweit zu steigern, daß die Verwaltung des Kanals...

Das ist nichts Neues. Im Westpreussischen Volksblatt beschwert sich in der Dienstagnummer jemand darüber, daß er auf eine Beschwerde an den Magistrat innerhalb acht Tagen keine Antwort...

Bewilligung von Meliorationsbeiträgen. In der letzten Meliorationskonferenz, die in der vorigen Woche im hiesigen Oberpräsidium stattfand, wurden aus den zur Verfügung stehenden Fonds rund 262 000 Mark zu Zwecken der Melioration bewilligt.

Laute Hilferufe hörte der Wächter eines Dampffägewerks am Brotschischen Weg. Am andern Morgen entdeckte er einen Mann, der arg beschmutzt war und aus einer Kopfwunde blutete.

Große Heringsfänge wurden von den Helaer Fischern gemacht. 18 Kutter aus Hela legten gestern morgen am Markt an. Das Schopf wurde im Einzelverkauf mit 0,80 bis 1,10 Mark verkauft.

Aus Westpreußen Elbing-Marienburg

„Patriotische“ Verblödung. In der Elbinger Zeitung vom 19. Mai lesen wir folgende „geistreiche“ Schilderung:

Eine Schlacht bei Neukirch-Niederung lieferte am Sonntag nachmittag die Elbinger Jungdeutschlandgruppe unter Leitung des Herrn Hauptmanns Beschl dem Jugendverein in Altfelde, der unter Leitung des Herrn Lehrers Rohde die Höhen bei Neuhof besetzt hielt.

Ernstdenkende Männer aus den bürgerlichen Kreisen haben über die alberne Kriegsspielerei der Jungdeutschlandbündler längst den Stab gebrochen und die moralische Minderwertigkeit dieser Sorte Bädagogik festgestellt.

Vermisst wird seit Freitag mittag die fünfzehnjährige Tochter der Arbeiterfrau Harwardt in Elbing.

Getreidediebstähle. Die Gutsarbeiter P. und K. aus Heubuden hatten in zwei Fällen einen Sack Roggen gestohlen und verkauft. Im ersten Falle teilten sie sich den Erlös brüderlich, im zweiten Falle gaben sie den Erlös an den Besitzer ab.

Auf der Chaussee von Brunau nach Schönbaum überfiel der verheiratete Arbeiter W. aus Brunau das Dienstmädchen K. aus Fürstentwerder. Der Täter wurde verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis zu Tiegenhof gebracht.

Danzig-Land

Wie ein Maurer zum Krüppel wurde.

1. Beim Neubau der Zuckerrabrik in Braust verunglückte der Maurer Konfor durch einen umstürzenden Pfeiler. Der Regierungsbaumeister Schade hatte die Oberleitung des Neubaus. Die Herstellung und die Aufrichtung der vier Meter hohen Säulen war von der Firma Heyking in Danzig übernommen worden.

Monteur Jahnte, der Baumeister Schulz und der Polier Chll. Der Monteur Jahnte hatte die Säulen in der Fabrik von Heyking hergestellt und war beauftragt worden, sie in Braust aufzurichten. Auf Jahntes Frage, ob die Pfeiler gestützt werden müßten, soll Heyking geantwortet haben, das ginge dem Monteur nichts an, er habe damit nichts zu tun.

Der Staatsanwalt beantragt gegen Jahnte eine Geldstrafe von 200 Mark, die anderen Angeklagten hat er freisprechen. Das Gericht folgte dem Antrage des Staatsanwalts. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß nur mit Rücksicht darauf, daß die Anweisung des Heyking nicht genau feststehe, von seiner Bestrafung abgesehen sei.

Tödlich verunglückt ist der 17jährige Arbeiter Tramsche aus Ostva. Er half bei einem Umzug nach Wittstorf und saß auf einem mit Möbel beladenen Wagen. Als sich die Kiste ein Kartoffelfack. Bei der steilen Fahrt von dem Hofe zur Straße geriet der Sack ins Rutschen. T. kam zu Fall und wurde überfahren. Die Räder drückten ihm den Brustkorb ein. Innere Blutungen hatten den Tod zur Folge.

Graudenz-Strasburg

Harte Strafe. Der Arbeiter Karl Waschte aus Graudenz verprügelte am 27. März seine Frau. Einem hinzu kommenden Schuhmann entriß er den Säbel und schlug damit dem Beamten über den Kopf, daß dieser blutend zusammenbrach. Das Urteil lautete auf drei Jahre vier Wochen Gefängnis und zwei Wochen Haft. Eine harte Strafe für den im Alkoholrausch begangenen Erzech. Arbeiter, meidet den Teufelstrank!

Thorn-Rulm-Bräuen

Bäckerstreik in der Thorer Brotsfabrik. In dem größten Bäckereibetriebe Thorns, der Brotsfabrik, traten am Montag die Bäcker in den Streik. Von 25 Beschäftigten schlossen sich 24 der Bewegung an. Nur einer wurde Streikbrecher. Für die sieben tägige Arbeitswoche erhielten die Bäcker der Brotsfabrik bisher 23 Mark, obwohl sie 12 bis 13 Stunden im Tage zu arbeiten hatten. Sie forderten eine Lohnerhöhung von 25 Pfennigen pro Tag. Diese geringe Aufbesserung wurde nicht bewilligt. Der Unternehmer erklärte, bankrott zu werden, wenn er das täte. Die Ausrede ist natürlich nicht ernst zu nehmen. Der Betrieb liegt still. Gelingt es den Bäckern nur einige Tage, den Zugang fernzuhalten, so wird der eigensinnige Unternehmer nachgeben müssen, denn das Thorer Publikum wird seine Sympathie sicher den Streikenden zuwenden, sobald es über die niedrigen Löhne der Brotsfabrik unterrichtet ist. Flugblätter und Versammlungen, um einen Boykott in die Wege zu leiten, wenn dies notwendig sein sollte, befinden sich in Vorbereitung. Die Bäckergesellen verlangen nichts Unbilliges und darum erwarten sie auch bestimmt, daß ihrer gerechten Sache der Sieg wird.

Zum Streik der Thorer Tischler teilen wir folgendes mit: Bei den Verhandlungen wegen der Tarifabschlüsse, die im Februar 1913 in Berlin vor sich gingen, wurde auf Verlangen der Unternehmer die Festsetzung des Akkordtarifs offen gelassen. Diese sollte in örtlichen Verhandlungen erfolgen. Die Unternehmer haben es aber verstanden, unter allerlei Vorwänden diese Angelegenheit bis jetzt hinzuziehen. In einer Verhandlung der Lohnkommission im Februar lehnten sie es ab, den Arbeitern eine Vorlage zu machen. Dem Tarifvertrage nach sollte auch am 1. März 1914 eine Lohnerhöhung von 2 Pfennigen pro Stunde erfolgen. Auch diese wurde nur teilweise von den Unternehmern, aber auch erst nach Aufforderung durch die Ortsverwaltung gezahlt. Die Erbitterung war unter den Kollegen natürlich groß. Schon aus dem Grunde, daß überhaup der Durchschnittslohn, der nach der Lohnerhöhung 50 Pfennige betragen soll, sozusagen von keinem Unternehmer gezahlt wurde. Zum Akkordtarif war in den Verhandlungen eine Erhöhung von insgesamt 12 Prozent während der Tarifperiode vom 1. März 1913 bis 1. März

1917 vorgezogen. Die Unternehmer lehnten sich aber auch an diese tariflich festgelegte Sache nicht. In der am 11. Mai stattgefundenen Versammlung beschloßen die Anwesenden, an die 12 Prozent Akkordtarifsteigerung unbedingt festzuhalten. Am nächsten Tage wurden die Unternehmer vom dem Beschluß der Versammlung in Kenntnis gesetzt, worauf sie in einem Schreiben mit unannehmbaren Vorschlägen antworteten. Außer der Freien Gewerkschaft stimmten die Hirsch-Dunderschen in der Versammlung am 17. Mai für die Einstellung der Arbeit. Die Polnische Berufsvereinigung konnte sich nicht dazu entschließen, da sie zu spät in Kenntnis gesetzt sein will. Es handelt sich bei dem Streik nur um die Anerkennung der bereits im Tarif bewilligten Forderungen.

Erschossen hat sich der Unteroffizier Raumer vom Fußartillerieregiment Nr. 6. Der Grund zur Tat war Furcht vor dem Ausgang eines gerichtlichen Verfahrens, das gegen ihn und mehrere andere Unteroffiziere eingeleitet war.

Deutsch Krone

Durch elektrischen Strom wurde der Brennereiverwalter Schulz vom Gute Neuhof getötet.

Deutscher Reichstag

251. Sitzung vom Montag den 18. Mai, mittags 12 Uhr. Im Bundesratlich: v. Falkenhayn. Die Anleihebedarfsliste für die Schutzgebiete und eine Anzahl Rechnungssachen werden erlegt.

Veränderung des Militärstrafgesetzbuches. Kriegsminister v. Falkenhayn: Veranlaßt durch die bösen Erfahrungen mit dem Erfurter Notgesetz hat die Heeresverwaltung verfaßt, ein vom Standpunkt der geschichtlichen Technik einwandfreies Werk zu liefern. Nachdem der Entwurf das Stadium der Kommissionsberatung überstanden hat, erkenne ich das Kind nicht wieder. (Seiterkeit.) Mit Verachtung aber kann ich feststellen, daß die von der Regierung vorgeschlagenen Bestimmungen als technisch einwandfrei anerkannt werden müßten. Die Befreiung des strengen Arrests würde in manchen Fällen die Verhängung der Gefängnisstrafe mit der Wirkung des Nachdienens zur Folge haben. Uebereinstimmend würde die Annahme der Kommissionsbeschlüsse zu unhaltbaren Rechtszuständen und zu weiteren Inkonsequenzen in dem

Schon durch die Ver Erfurt verurteilten Militärstrafrecht führen. Somit kann die Heeresverwaltung den Kommissionsbeschlüssen nicht zustimmen. Die Folgen des Scheiterns der Vorlage werden die armen Teufel tragen müssen, denen sie Mißbräuchen bringen sollte, sowie die Militärjustiz, die mit den durch die Ver Erfurt geschaffenen Unmöglichkeiten weiter arbeiten muß. Die Kommission hat dem strengen Arrest den Todesstoß versetzen wollen, ohne irgendwie für Ausfüllung der Lücke zu sorgen. Der strenge Arrest ist in keiner Weise gesundheitsgefährlich. Die Beireisenden erhalten eine warme Zelle und Wasser und Brod und haben zwischen durch gute Tage. Wir können den strengen Arrest unmöglich entbehren, da für gewisse Elemente der Mittelarrest nicht abweichend genug ist und wir die Strafe der Verhinderung in Kolonien nicht kennen. Schließlich kann man im Militärdienst doch nicht nach den Rezepten eines Mädchenpensionats verfahren. (Seiterkeit.) Unbedingt abziehen muß die Heeresverwaltung auch die Veränderung der Bestimmungen betreffend die Kontrollvorstellungen. Was gleich nach 1871 als notwendig erachtet wurde, kann in der Zeit der antimilitaristischen Wüsterien und Hekereien erst recht nicht entbehrt werden. Vollends unannehmbar sind die sozialdemokratischen Abänderungsanträge, die den strengen Arrest völlig entbehren, beseitigen und die Verhinderung in die zweite Klasse des Soldatenstandes nur für ganz schwere Verbrechen zulassen wollen. Völlig unannehmbar ist auch der Antrag Müller-Meinungen, der die Mindeststrafe für so schwere Vergehen wie Fahnenflucht und Komplotz bis auf einen Monat herabsetzen will. Ich bitte dringend, weder die Kommissionsbeschlüsse noch diese Abänderungsanträge anzunehmen, sondern die Regierungsvorlage wieder herzustellen. Im andern Falle lehnt die Heeresverwaltung alle Verantwortung ab. Sie hat prompt die höchst ansehnliche Ver Erfurt durchgeführt. Wenn eine Reform des Militärstrafrechts durch die Beschlüsse des Hauses auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben werden sollte, so kann sich die Heeresverwaltung jeder Schuld ledig sprechen. (Beharfter Beifall rechts.)

Abg. Stadthagen (Soz.): Nur in ganz bescheidener Weise ist die Kommission über die Vorschläge hinausgegangen, welche die Regierung zur Milderung unerträglich drakonischer Strafen gemacht hat, aber sofort erklärt der Kriegsminister.

Das Unannehmbar. Dieses Unannehmbar stellt er insbesondere den Anträgen auf Einstellung des strengen Arrests entgegen. Der strenge Arrest ist aber kein innerhalb der Kultur zulässiges Strafmittel. Nur, wer auf dem Standpunkt steht, daß ihm die ganze Kultur gestohlen werden kann, wenn nicht für andere der strenge Arrest besteht, kann die Befreiung und selbst die Milderung dieser Straftat für unannehmbar erklären. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Kriegsminister hat

den strengen Arrest und sogar das Wasser und Brod, das darin den Soldaten verabfolgt wird, in losenden Farben geschildert: viele empfanden ihn geradezu als Wonne. Merkt denn der Kriegsminister nicht, wie jämmerlich dann die sozialen Verhältnisse Deutschlands sein müssen, wie schmählich dann die Regierung ihre Pflicht verkehrt hat, für das Wohl des Volkes zu sorgen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Der strenge Arrest ist eine geradezu unerträgliche Qualerei. (Zuruf rechts: Sie wissen das Wohl aus eigener Erfahrung!) Das gerade nicht. Aber wir kennen die Leute, wenn sie herauskommen, wir kennen die Mitteilungen der Ärzte, wir wissen, daß kein anderer Staat, selbst kein Barbarenstaat, ein derartiges Strafmittel kennt. Der Kriegsminister sagte zur Entschuldigung des strengen Arrests, die Soldaten würden verheßt. Das stimmt bis zu einem gewissen Grade. Die Soldaten werden verheßt, wenn Unteroffiziere und Offiziere unter Verletzung ihres Dienstrechts die Soldaten mißhandeln oder in ihrer Ehre kränken. Unbegreiflich ist nur, daß man dann die in ihrer Ehre oder an ihrem Körper Verletzten in den strengen Arrest steckt, die Quäler aber davor bewahrt. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wenn der strenge Arrest wirklich eine solche Wonne ist, warum verbringen denn die Offiziere nicht ihren Ferienurlaub darin. Mit solchen Redensarten macht man uns den strengen Arrest nicht erträglich.

Der Kriegsminister tut sich auf diese Vorlage große Stücke zu gute, aber in Wahrheit ist sie gar nicht der Rede wert. Sie entspringt eigentlich nur der Furcht davor, daß unsere mildere Auffassung bei den Gerichten durchdringt, wonach in den minder schweren Fällen auf die Verhinderung in die zweite Klasse des Soldatenstandes nicht erkannt werden darf. Gerade weil die Regierung das fürchtet, brauchen wir ihre Drohungen nicht zu ernst zu nehmen. Für absolut unannehmbar hat der Kriegsminister erklärt, daß in Sachen der Kontrollvorstellung das Recht wieder auf die Füße gestellt wird. Denn die geltende Rechtsauffassung, daß der Soldat auch nach der Kontrollvorstellung den ganzen Tag über unter dem Militärstrafrecht steht, ist rechtswidrig und unbillig. § 6 des Militärstrafgesetzbuches bestimmt, daß für die Mannschaften des Beurteilungstandes die Vorschriften des Militärrechts nur für die Zeit gelten, in welcher sie sich im Dienste befinden. Das heißt ganz klar — und das wurde früher auch von allen Kommentatoren anerkannt —, daß sie nur während der Dauer der Kontrollvorstellung dem Militärstrafrecht unterliegen. Auch bei

der Beratung des Militärstrafgesetzbuches im Jahre 1873 hat kein Mensch etwas anderes gedacht. Diese Auffassung geht bei den Gerichten bis zum 30. Juni 1885. Von da an wurde auf einmal der ganze Tag der Kontrollüberfammlung dem Militärstrafgesetzbuch unterstellt. Selbst die nationalliberalen Abgeordneten, wie Dr. Hanau, Hauptmann der Landwehr, hat die heftige Auffassung für unklar erklärt. § 18 der Verfassung hebt ausdrücklich hervor, daß die Kontrollüberfammlung nicht Dienst, sondern eben nur Kontrolle ist. Die Reservisten und Landwehrleute machen am Tage der Kontrollüberfammlung keine Werbung, sondern stellen sich eben nur zur Kontrolle und unterliegen deshalb nur während der Kontrolle den Militärstrafen. Die bloße Strafe für Disziplinäre Vergehen während der Kontrollüberfammlung beträgt drei Tage Arrest. Aber für Vergehen nach der Kontrollüberfammlung am gleichen Tage oder bis sechs Wochen Arrest. Solchen Willkür kann zwar das Reichsgericht und das Reichsmilitärgericht gegenüber, aber der Weisung des unermesslichen Kriegsministers hat gemeint, der Tag der Kontrollüberfammlung sei ein Feiertag, ein Feiertag für die Beurteilung. Der Tag unterscheidet sich für die Reservisten von den andern Tagen dadurch, daß sie ganz leicht für Disziplinäre Vergehen oder ins Zuchthaus kommen können. Ein bürgerlicher Feiertag! (Heiterkeit und Sehr gut! b. d. Soz.) Selbst Hanau hat es für unerschrocken erklärt, daß für den Tag der Kontrollüberfammlung jeder Offizier und Unteroffizier als Vorgesetzter der Reservisten gilt, und fordert, die Vorgesetztenqualität wenigstens auf den Offizier zu beschränken, der die Kontrollüberfammlung abhält. Der Kriegsminister stellt es so dar, als ob durch die harten Strafbestimmungen das Joch ertragen werden muß. Das ist eine vollständige Verleumdung und Verletzung des Rechtes der Bürger. Der Bürger ist Soldat für das Vaterland (so sollte es wenigstens sein) und nicht, damit eine Reihe von Offizieren, die man Offiziere nennt, ihn "erziehen" können. Gerade diese Gegenüberstellung der Offiziere, der Vorgesetzten, der Hauptgüter, oberhalb jeder Kultur — auf der einen Seite als Selbstzweck, um das gemeine Volk auf der andern Seite zu schuligen, oder — wie der Kriegsminister ein wenig unbekanntlicher sagt — zu erziehen, natürlich durch den strengen Arrest, ist die schärfste Kritik des Militarismus und die beste Rechtfertigung unserer Forderung des Militärsystems.

(Widerpruch rechts.) Am liebsten möchten Sie die ganze Zivilbevölkerung doch ständig unter die Militärstrafe stellen, um recht viel Besinnungslinien zu "erziehen". (Beifall Sehr gut! b. d. Soz.) Besinnungslinien legen wir auf die Anträge, die den Reservisten bei der Kontrollüberfammlung das Recht geben sollen, Befehlsbefugnisse und Körperverletzungen auf der Stelle straffrei zu erwidern. Das muß für alle Soldaten in den Paragraphen 91 und 93 des Militärstrafgesetzbuches Recht werden. In sich haben ja die Soldaten ein Recht der Notwehr, aber das Reichsmilitärgericht hat es ihnen durch einen komischen Satz entzogen, hat erklärt, es reicht nur bis zu dem Moment, wo verschiedene Grade in Frage kämen. Jetzt aber steht in der neuen Verordnung über den Waffengebrauch des Militärs vom 8. April 1914, daß jede Militärperson die Waffe gebrauchen kann, wenn Leib, Leben, Eigentum oder Ehre durch einen rechtswidrigen Angriff bedroht ist. Danach kann jeder Soldat auf Grund der kaiserlichen Kabinettsorder vom Recht der Notwehr auch gegenüber dem Vorgesetzten Gebrauch machen, im äußersten Falle ihn sogar mit der Waffe niederschlagen. Ein Vorgesetzter, der schimpft oder schlägt, verletzt damit selbst die Disziplin; die Disziplin kann also in seiner Person nicht verletzt werden. Nehmen Sie diese Anträge an, so machen Sie die Kontrollüberfammlung zu einem Festtag der Rohlinge, die wie Hinge-Wardisten zu ihrem Vergnügen prügeln. Unsere Anträge sind nur eine Ausführung der letzten kaiserlichen Kabinettsorder. Wir vertreten in diesem Augenblick die angebliche Kommandogewalt des Kaisers. (Heiterkeit und Zustimmung b. d. Soz.) Den Reichstag aber mahnen wir, sich vom Kriegsminister nicht schrecken zu lassen. Bleiben Sie fest, halten Sie auch einmal Disziplin. (Sehr gut!) Der den Reichstag zwingen will, gegen seine bessere Überzeugung zurückzumweichen, hegt, und wer zu dem schamhaftesten Umfall bringt, ist der Oberbefehlshaber. (Heiterkeit b. d. Soz.) Folgen Sie ihm nicht! (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Stupp (Ztr.): Der strenge Arrest ist eine Straftat, die dem schuldlosen Empfänger widerstrebt. (Sehr wahr! links und im Ztr.) Es ist eine furchtbare Grausamkeit, einen Menschen auf vier Wochen in eine Dunkelzelle zu sperren. Die Ausdehnung des Militärstrafrechts auf den ganzen Tag der Kontrollüberfammlung führt zu Ungeheuerlichkeiten. Wir halten in diesen Beziehungen und auch in bezug auf die mildere Bestrafung der Fahnenflucht in leichteren Fällen an den Kommissionsbeschlüssen fest.

Abg. von Caster (noll.): Das ganze Militärstrafgesetzbuch ist reformbedürftig. Aber wir dürfen nicht Demonstrationspolitik, sondern praktisch arbeiten, deshalb ziehen wir uns auf die Regierungsvorlage zurück. (Ausklang Lachen b. d. Soz. und im Ztr.)

Kriegsminister v. Falkenhayn: Ich wiederhole: alles, was über die Regierungsvorlage hinausgeht, wäre für uns unannehmbar.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Ztr.): Der Reichstag soll also einfach abtanzen. (Sehr wahr! links.) Das machen wir nicht mit. Der Startmann der Regierung ist einfach unverständig. Die Scherzworte des Kriegsministers waren doch unangebracht. (Sehr wahr! links.) Schon Windthorst und Lasker haben den strengen Arrest als barbarisch bezeichnet. Mag die Regierung die Vorlage scheitern lassen, den Vorteil davon würde nur die äußerste Linke haben. (Beifall links.)

Kriegsminister v. Falkenhayn: Die Politik der Regierung ist die Politik der gefundenen Vernunft. (Beifall rechts, Lachen links.) Ich stehe zu jedem Wort, das ich gesagt habe (Hört! Hört!), aber ich bitte zu bedenken, daß ich kein Parlamentarier bin. (Gronischer Beifall b. d. Soz.) Am Rahmen dieser Vorlage sind die von Ihnen gewünschten Reformen unerreichbar.

Abg. v. Boehn (konf.): Was tut es, wenn am Tage der Kontrollüberfammlung ein sozialdemokratischer Redakteur, der Reservist ist, seinen Artikel schreiben darf?

Am besten wäre an jedem Tag Kontrollüberfammlung. (Große Heiterkeit.) Ich habe im strengen Arrest gelitten, und mir ist er sehr gut bekommen. (Erneute Heiterkeit.)

Abg. Hertin (Ztr.): Strenge, aber kurze Strafen ist unsere Parole. Die Regierung tut Recht daran, daß sie dem Reichstag nicht nachgibt. (Beifall rechts.)

Abg. Stücken (Ztr.): Für den Abg. v. Boehn wird der Arrest wohl ein süßes Gefängnis gewesen sein. (Heiterkeit.) Die Vernunft des Kriegsministers kann uns getöhlert werden. (Sehr gut! b. d. Soz.) Er will uns auf die Reform des Militärstrafgesetzbuchs verdrängen, die frühestens in zehn Jahren kommt. Solange können die Nationalliberalen warten, wir nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Kriegsminister hat nicht den geringsten Beweis dafür, daß wir die Soldaten verheizen.

Wir ermahnen die Rekruten Hefts, sich nicht gegen die Disziplin zu verhalten, sich freudig auch keine Ungerechtigkeiten gefallen zu lassen. Die ganze Lokalkritik des Kriegsministers besteht darin, daß er Strafankträge in Manu stellt. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die heutigen Gerichte werden schon verurteilen, aber die Soldatensühndungen bestrafen man damit nicht. Nach dem Kriegsminister beruht die Disziplin der Armeesoldaten auf dem strengen Arrest. Wie muß eine solche Zeugenschaft im Auslande wirken. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Gegen die Abschaffung des strengen Arrests erhebt man lediglich dieselben Einwände, wie früherzeitlich gegen die Abschaffung der Prügelsstrafe. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die militärärztliche Untersuchung vor der Bestrafung des strengen Arrests hat sehr wenig Wert.

Erleutlicht und Geistesstärke

werden erbarmungslos hineingesteckt und monatelang gequält. Solche Parabeln zu befechten ist einfach Menschenpflicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Aufenthalt in den dunklen, feuchten und kalten Zellen, in denen selbst eiserne Kerker ruiniert werden, ist für den modernen Menschen unerträglich. Die Regierung selbst ist nicht in der Lage, alle Konsequenzen aus der Geltung der Militärstrafe für den ganzen Tag der Kontrollüberfammlung zu ziehen. Dann solle sie sich darauf verzichten, diesen Anspruch für Einzelfälle zu erheben. Der Reichstag darf es sich nicht gefallen lassen, daß ihm die Regierung kommandiert, entweder die Vorlage unverändert anzunehmen, oder zu verzögern. Wir sind es der Würde des Parlaments schuldig, festzuhalten. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Jansen (Ztr.): Ich habe mich für die Vorlage ausgesprochen. Deranum sollen die jungen Leute beim Militär, und das können wir

nicht verantworten. Selbst auf die Gefahr hin, daß man sagt, wir wären feige Jurist. (Lachen b. d. Soz.)

Abg. Waldstein (Ztr.) protestiert gegen die Art der Polemik des Kriegsministers. In dieser Weise trete man Reichstagsabgeordneten nicht gegenüber.

Kriegsminister v. Falkenhayn erwidert, daß er jede weitere Konzeption vor der allgemeinen Revision des Militärstrafgesetzbuches ein für allemal ablehnt.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Ztr.): Die Art des Auftretens des Kriegsministers macht es für einen ehrlichen Menschen ganz unmöglich, zurückzumachen. Wir können die Vermutung nicht aufheben, daß der Kriegsminister ihren Gründen widersteht. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. v. Brodhagen (konf.): Am Sonnabend wurde über die langen Reden geredet, und heute haben schon wieder drei Fortschrittlere zu einer Vorlage gesprochen. (Anruhe links, Zurufe: Und jetzt kommen Sie noch! Große Heiterkeit.)

Die Abgg. Gröber (Ztr.) und Müller-Reinigen (Ztr.) beantragen die Militärstrafgesetznovelle von der Tagesordnung abzusehen.

Die Abgg. Frank (Soz.) und Stadthagen (Soz.) schließen sich diesem Antrage an.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Es folgt die zweite Lesung der Novelle zur

**Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige.**

Abg. Jäger-Hannover (Soz.): Die Erhöhung, die jetzt vorgenommen werden soll, ist

aus Sparsamkeitsrücksichten wieder ganz ungenügend ausgefallen. Bei Zeugen- und Zeugenbefragungen ist man nicht so sparsam. Wir beantragen, die Mindestsätze für Zeugengebühren von 20 auf 30 Pfennig pro Stunde zu erhöhen. Das Reich wird dadurch nicht bankrott werden. (Heiterkeit und Zustimmung b. d. Soz.)

Der Antrag wird abgelehnt.

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Soz.) begründet den Antrag, den Zeugen auch eine Entschädigung für übermäßig lange Wartezeit zu geben.

Der Antrag wird abgelehnt.

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Soz.) beantragt, die Ausnahmebestimmungen für Verdarnen und andere Polizeibeamte zu streichen. Wenn man sie auf die allgemeinen Zeugengebühren verweise, und ihnen die Entschädigung vorenthalte, die ihnen jetzt § 14 zuspricht, werde die Kriminalität sofort bedeutend zurückgehen. (Beifall b. d. Soz.)

Der Antrag wird abgelehnt, und der Rest des Gesetzes nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Soz.) beantragt die Resolution, daß in jedem Gerichtsgebäude Gelegenheit gegeben werden möge, einfache Speisen und alkoholfreie Getränke zu erhalten.

Die Resolution wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Es folgt die zweite Lesung der

**Dampfersubventionen-Vorlage.**

Die Kommission hat über die Regierungsvorlage hinaus auch für die Australienlinie die Subvention bis zum 31. März 1917 aufrecht erhalten.

Abg. Henke (Soz.): Die Kommission will der Regierung eine Blankovollmacht ausstellen, dem Lloyd ungezählte Millionen zu verwilligen.

Wir bekämpfen die Subventionen prinzipiell, weil sie keineswegs Gewähr für eine rationelle Entwicklung des Handels bieten. Das ist bekanntlich auch der Standpunkt des Herrn Ballin. Wenn Ballin in bezug auf die Austral-Linie eine Ausnahme macht, so lediglich aus imperialistischen Gründen. Bei der ersten Lesung haben die bürgerlichen Parteien eine Debatte überhaupt nicht zugelassen, jetzt bei der dritten Lesung hat sich keiner von ihnen zum Wort gemeldet. Das ist umso unerhörter, als diese Blankovollmacht der Anfang einer neuen außerordentlich viel umfangreicheren Subventionspolitik bedeutet. Gerade die Höhe ihrer alten kältesten Konkurrenzfähige Austral-Linie des "Norddeutschen Lloyd" kann durch Subventionen unmöglich in absehbarer Zeit rentabel gemacht werden. Selbst nicht durch die Kultus, die sie wie die anderen subventionierten Linien zu Tausenden verwendet. Die Annahme der Subvention in unbefristeter Höhe für die Austral-Linie wäre

einfach ein Skandal.

(Beifall b. d. Soz., Vizepräsident Dr. Paasche rügt den Ausdruck.)

Unter stürmischem Beifall verzichteten alle bürgerlichen Redner aufs Wort.

Die Vorlage wird in zweiter und sofort in dritter Lesung angenommen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes zur Förderung des

**Baus von**

**Kleinwohnungen für Reichs- und Militärbedienstete**

Die Kommission beantragt, die geforderten 25 Millionen Mark zu bewilligen, und eine Resolution zu beschließen, welche die verbündeten Regierungen um einen Gesetzentwurf ersucht, nach dem Hypothekendarlehen für den Bau von Kleinwohnungen durch das Reich

auch über den Kreis der Beamten hinaus übernommen werden sollen.

Abg. Dr. Wendt (Ztr.) und Graf Westarp (konf.) ersuchen um Ablehnung dieser bodenreformistischen Resolution.

Abg. Göhre (Soz.) und Abg. Göppling (noll.) bitten, es bei den Kommissionsbeschlüssen zu belassen.

Der Gesetzentwurf wird in zweiter und sofort in dritter Lesung angenommen. Die Resolution gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Mitglieder der Wohnungs-Kommission abgelehnt.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung: Die Denkschrift über die Mittelans der Berufsangehörigen wird gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten von der Tagesordnung abgelehnt.

**Die Befolgungsvorlage.**

Reichssekretär Kühn: Wenn die heutige Vorlage scheitert, so wird ein neues Befolgungsgesetz voraussichtlich geruime Zeit auf sich warten lassen. Die Beibragenden würden die in der heutigen Vorlage beabsichtigten Maßnahmen sein. Schwere Strafen würden die Aufbesserungen in der neuen Vorlage rückwirkende Kraft erhalten, da die Dedung mit rückwirkender Kraft kaum ausgefallen sein würde. (Heiterkeit.) Zur Heiterkeit liegt gar kein Grund vor. Rechner erklärt den Kompromißantrag, den verschiedene Parteien eingebracht haben, für annehmbar für die Regierung, die dagegen alle darüber hinausgehenden Forderungen ablehnen muß. (Hört! Hört!)

Abg. Ebert (Soz.): Die Erklärung des Reichssekretärs kann uns in keiner Weise zu einer Änderung unserer Haltung veranlassen. Die schöne Einmütigkeit des Reichstages, von der der Abg. Wallermann bei der zweiten Lesung sprach, ist durch den konservativen-liberalen Kompromißantrag zerstört worden. Aus der Farsche ist eine Chama geworden. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Die armen Teufel im Dienst der Reichsbahn würden die Hauptbeiträge bei der Annahme des Kompromißantrages sein, während die höheren Eisenbahnbeamten in Genuß ihrer Ausgleichszulage von 500 Mark bleiben. Das ist ein Hohn auf jede soziale Gerechtigkeit. (Beifall Zustimmung b. d. Soz.) Auch die Versprechungen, die der Kompromißantrag für die gehobenen Unterbeamten enthält, sind in keiner Weise garantiert. Die Regierung hat nachher so gut wie völlig freie Hand und es ist zu befürchten, daß sie sich abdann nach der preussischen Befolgungsvorlage richten wird. Dazu bieten wir nicht die Hand. (Beifall Zustimmung b. d. Soz.) Wenn von anderen Parteien die Einmütigkeit des Reichstages durchbrochen wird, so haben wir keine Veranlassung mehr, uns an die Kommissionsbeschlüsse zu halten. (Hört! Hört!) Wir lassen uns auch dadurch nicht schrecken, daß der Reichssekretär

die armen Landbriefträger gegen uns auszuspielen versucht. Diese Schichten haben aus den Vorgängen von 1909 gelernt und wissen unsere Gründe zu würdigen. Hebrigens braucht der Reichstag wenn er die Landbriefträger vor Schaden bewahren will, nur bei der dritten Lesung des Etats einmalige Zulagen für sie einzustellen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Angelegenheit hat eine sehr bedeutende allgemeine politische Seite. Es handelt sich darum, daß der Reichstag als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung anerkannt wird. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Spahn (Ztr.): Die verbündeten Regierungen versprechen, den gehobenen Unterbeamten Berücksichtigung ihrer Wünsche bis zum Jahre 1916. Wenn aber der Reichstag dieses Versprechen im Gesetz festlegen will, so droht die Regierung, das ganze Gesetz scheitern zu lassen. Wir machen da nicht mehr mit. Mag die Regierung, wenn sie den Mut hat, daran die Vorlage scheitern lassen. (Beifall b. d. Soz.)

Staatssekretär Kühn: Wir wollen nicht die gehobenen Unterbeamten befriedigen, ohne zugleich die anderen Beamten zu berücksichtigen, deren Ansprüche ebenso begründet sind. Darum sind und bleiben uns die Kommissionsbeschlüsse unannehmbar.

Abg. Dr. Schiffer (noll.): Die Kommissionsbeschlüsse sind gewiß gut, aber ehe das Ganze scheitert, nehme ich lieber die Regierungsvorlage an, die weniger schmerzt.

Abg. Dr. Kistlin (Ztr.) schließt sich diesem Standpunkt an. Als Mittelnach 8 Uhr seine drei viertelstündigen Ausführungen schließt, brechen die bürgerlichen Parteien in brausende ironische Hochrufe aus.

Die Diskussion wird geschlossen. Der Kompromißantrag Schiffer-Payer-Graf Westarp, der die Regierungsvorlage wiederherstellen und damit die Kommissionsbeschlüsse zu Gunsten der gehobenen Unterbeamten ausgeben will, wird im Hammelsprung mit 152 gegen 149 Stimmen abgelehnt. Die Mehrheit besteht aus Sozialdemokraten, Zentrum und Polen, die Minderheit aus den übrigen Parteien einschließlich der Welfen und Elässer. Damit ist die Befolgungsvorlage gescheitert.

Ein Vertagungsantrag wird abgelehnt, aber nacheinander in zum Teil heftigen Geschäftsordnungsdebatten alle noch ausstehenden Punkte der Tagesordnung abgelehnt.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Dienstag 10 Uhr. (3. Lesung des Konkurrenzkaufgesetzes, des Twellantrags, des Etats usw.)

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Ztr.) beantragt, die Wahlprüfungen auf die Tagesordnung zu setzen. — Gegen den Widerspruch der Rechten wird nach Befürwortung durch den Abg. Saase (Soz.) dieser Antrag angenommen.

Schluß 8 1/2 Uhr.

# Elegante Neuheiten für Saison 1914!

## Sommer-Paletots und Uister

Mk. 18, 21, 24 bis 48

**Gedleg. Stoffqualität. Spezialität! Rosshaar-Werkstatt-Verarbeitung!**

zu unerreicht billigem Preise

### Schul-Anzüge Einsegnungs-Anzüge

in vielen Mustern kleidsame Fassons

### Pelerinen, imprägniert

### Herren-Jackett-Anzüge

geschmackvolle Neuheiten und Formen, ein- und zweireihig, für jede Figur passend, ohne Aenderung, Mk. 18, 24, 27, 29 bis 42

**Garantie für tadellosen Sitz!**



[498]

# Eugen Hasse

Fernspr. 1854 Danzig, Kohlenmarkt 14-16 Ecke Passage

Beachten Sie bitte die Auslagen in meinen sechs Fenstern.

## Familie

Von Ludwig Jacobowski.  
Aus der Sammlung „Vom goldenen Ueberflus“, Leipzig,  
Voigtländers Verlag.

Mir ist das Herz so bittersüß,  
Hol' ich die alten Bilder her,  
Der Eltern und der Brüder.  
Verwehte Jahre zieh'n herauf,  
Verarbeitete Wunden machen auf  
Und zucken plötzlich wieder.

Der Vater lief von Haus zu Haus  
Und lief sich fast die Seele aus,  
Frau Jungens satt zu kriegen.  
Mit einem Fünfpfennigbrod,  
Da hat man keine liebe Not . . .  
Zehn Kilo müßt' es wiegen!

Die Mutter immer bleich und krank —  
Das ging so Jahr und Jahrelang;  
Wir schliefen nur auf Zehen.  
Nur manchmal um ihr Bett herum,  
Da saßen wir und hörten stumm  
Die alte Wanduhr gehen.

Dann postete ein Sarg herein,  
Der zog den zweiten hinterdrein,  
Und den schob gleich ein dritter.  
Die Tischler hatten guten Lohn,  
Die Totengräber grüßten schon  
Und gar die Leichenbitter!

Zwei Brüder sind der ganze Rest,  
Die andern hält die Erde fest,  
Die wird nichts wiedergeben.  
Wir drei, wir schau'n uns oft so an —  
Wer weiß, wer morgen von uns drant! —  
Prost, Brüder, ihr sollt leben!

## Kuul

Von Olsheb Upenski.

Nach dem Tode des verwitweten Kürschners Juras blieb ein Sohn zurück, ein tränklicher, 12jähriger Knabe, der wegen seines beständigen Kränkchens nicht einmal das Handwerk seines Vaters erlernen konnte. Die Verwandten hatten sofort nach dem Tode des Vaters unter seinem Kopfschiff gesucht und dort das entdeckt, was der Vater für seinen arbeitsunfähigen Sohn zurückgelegt hatte. Sie wurden sogleich von besonderer Zärtlichkeit zu diesem Sohne erfüllt und hielten es für unmöglich, ihn ohne ihre „Fürsorge“ zu lassen. Im Kampf um den verwaisten Knaben, der nun unter den Verwandten entbrannte, trug der Handwerker Kotelnikow dank seiner Eberschloßzähne und den zentnerschweren Häuften den Sieg davon. Der Waisenknabe bekam seinen Platz auf der Pritsche in der Küche, wurde mit einer baumwollenen Krantenhaushose bekleidet in die Kirche geführt, und während Kotelnikow gemächlich seinen Tee hinuntertrank, zu dem ihm das Geld des verstorbenen Juras verholfen hatte, erzählte er von den Sorgen und Ausgaben, die ihm der Verwaiste verursachte. Der Knabe blieb vier Jahre auf der Pritsche liegen und wurde ein langer, magerer, 16jähriger Bursche, nachdenklich, still, mit hellblauen Augen und fast weißen Haaren. Während seines vierjährigen Liegens hatte er das A-B-C-Buch, das ihm für fünf Kopfen gekauft worden war, gelernt, kannte alle Gebete, Fabeln und Sprüche, die darin standen, auswendig. Das Lesen wurde für ihn etwas ganz anderes als für die Menschen seiner Umgebung. Es wurde ihm zu solcher Leidenschaft, daß er sich entschloß, seinen Vormund mit der Bitte heranzugehen, ihm ein Buch zu kaufen. Der Vormund hatte ein Einsehen und kaufte ihm ein Buch. Der Waisenknabe las es mit atemloser Spannung, unfähig, sich von den zauberischen Blättern loszureißen. Das Buch hieß: „Die Reise des Kapitän Cook“, ausgeführt von den englischen Schiffen „Resolution“ und „Adventure“. Alisan (so hieß der Waisenknabe) vergaß Schlaf und Speise und las hunderte Male immer wieder das Buch. Kapitän Cook fesselte ihn immer mehr und nahm endlich von Alisans Herz und Kopf gänzlich Besitz. In der Nacht phantasierte er und rief fortwährend Worte aus der Seemannssprache; er flog mit seiner Pritsche in die Höhe bei Schiffbrüchen und verfehlte die Familie seines Vormunds in tödliche Angst. Kotelnikow nutzte diesen Wahnsinn in eigener Weise aus.

„Hör mal, Alisan,“ sagte er eines Tages zu dem Waisenknaben, „du bist als Waise zurückgelassen; ich nahm mich deiner an, ich kann wohl sagen mit leichter Anstrengung meiner Kräfte; die sechs Jahre hast du mich, gering gerechnet, jährlich an die 100 Rubel gekostet. Ist's nicht so?“

„Aber ich will mein Leben lang Ihnen Hände und Füße . . .“

„Warte! Zum zweiten habe ich nicht gezeigt, um dir in jeder Weise mein Wohlwollen zu zeigen und dir Vergnügen zu verschaffen. So habe ich dir zum Beispiel auch ein Buch gekauft . . .“

„Ach!“ rief Alisan entzückt.

„Warte! — Aliso — o! Du warst beim Lesen des Buches bald närrisch vor Freude, hast du aber nachgedacht, ob es mir leicht wurde, dir es anzuschaffen, dieses Buch? Folglich habe ich mich bis zum letzten Atem für dich verausgabt. Weil ich aber vom lieben Herrgott ein gutes Herz bekommen habe, so bemühe

ich mich nur deswegen, um für meine Opfer ins Himmelreich zu kommen. Von dir verlange ich für meine Wohltaten nichts. Nach Kraft und Möglichkeit sollst du mir im Kleinen entgegen. Und so habe ich für dich eine deiner Krankhaftigkeit angemessene Beschäftigung gefunden, damit du eine Lebensart für dein Durchkommen hast.“

Den letzten Satz hat Kotelnikow aus dem Wortschatz einer alten Frau entlehnt, die sich im Orte herumtrieb und die mit diesen Worten, die sie ihrerseits aus irgend einer Bittschrift entnommen hatte, die Leute anbetete.

Wald darauf trat Alisan den ihm von Kotelnikow zugebachten Dienst an. Ueber seiner Schulter hing auf einem dünnen Riemen ein kleiner Kasten, der mit Nadeln, Stannadefn, Hasen, Waschlilien und dergleichen für das weibliche Geschlecht unentbehrlichen Kleinigkeiten angefüllt war. Alisans Pflichten bestanden darin, den ganzen Tag durch die Straßen und von Haus zu Haus zu wandern, was ihm einen täglichen Verdienst von höchstens anderthalb Groschen einbrachte. Diese anderthalb Groschen nahm ihm Kotelnikow jedesmal ab, zur Aufbewahrung.

„Bei mir ist es besser aufgehoben,“ meinte er.

Alisan glaubte fest daran. Das Buch und der Kapitän Cook verließen Alisan aber auch bei seinem Geschäft nicht. In Gedanken bei irgend einer Heldentat seines Lieblings merkte er manchmal nicht, daß er statt einelhalb Ellen ihrer drei oder fünf ver Kunden gab. Oder verirrte sich, verfunken in Nachdenklichkeit, wußt Gott wohin, vergaß sein Geschäft und lehrte abends ohne eine einzige Kopfe heim. Kam er in der Gesindestube irgend eines herrschaftlichen Hauses mit den Köchinnen und Kutschern ins Gespräch, da verfehlte er es nicht, die Unterhaltung auf Cook zu bringen. Stotternd und vor Aufregung blaß, erzählte er von den Heldentaten des berühmten Kapitän. Die Kutscher und Köchinnen hörten erst geduldig die unverständlichen Seefahrerausdrücke, die Geschichte von fremden Völkern und von Wundern, die nicht einmal in den ihnen bekannten Märchen vorkamen, an, aber dann wurde es ihnen zu viel und sie lachten den unglücklichen Alisan aus. Bald war er von der ganzen Gasse nur noch „Kuul“ genannt und die Kinder brachen in Lachen aus, sobald sie ihn erblickten. Zu den Kindern gesellten sich die Droschkenkutscher, und auf den armen hausbackenen Kuul wurden auch noch die Hunde losgelassen. Selbst die alten Weiber, die keine Silbe aus Alisans Erzählungen verstanden, auch diese riefen, sobald sie ihn erblickten:

„Du mein, denk doch einer nur: Kuul! Hat sich doch so etwas in den blöden Kopf gesetzt . . .“

„Hörst du, er ist auf eine Sandbank geraten . . . Hat sich aufs Schiff gesetzt und damit dann auf die Sandbank . . . Ha, ha, ha . . .“ Die Kutscher lügeln sich vor Lachen.

„Kuul! Kuul! Kuul!“ gröhnten die Straßensöhne. Alisan hob einen Stein vom Boden auf und warf ihn den Jungen nach. Das Lachen und Gröhnen wurde aber noch stärker und der wehrlose Alisan griff dann zur Flucht.

„Ku—u! Ku—u!“ brüllte die Gasse. Die erschreckten Hunde stimmten dem allgemeinen Lärm durch ihr Bellen bei.

Alisans Geschäft ging immer schlechter. Die Einwohner, kleine Beamte, und besonders die Einwohnerinnen der Straße, empfingen ihn mit einem Lächeln und während sie ihm für einen halben Groschen Nadeln oder dergleichen abkauften, hielten sie es für ihre Pflicht, sich über Alisans wunderliche Liebhaberei zu amüsieren.

„Wie steht es also mit dem Kuul?“ fragten sie. „Erzähle nur etwas davon.“

„Es steht eben so . . .“

„Wie also? Er segelte?“

„Er segelte, jawohl, fertig . . .“

Mit solchen unbestimmten Antworten hoffte Alisan manchmal den Spötteleien aus dem Wege zu gehen. Aber sein verliebtes Herz hielt gewöhnlich nicht lange stand.

Bald geriet er in Begeisterung. Die Wunder der fremden Länder bekamen Farbe in seiner glühenden Phantasie und die Bilder einer unbekannteren Natur wurden gar zu grell und selbstsam. Alisan vergaß alles: er segelte selbst mit der „Adventure“ auf hoher See in phantastischem Nebel und an unerhört herrlichen Inseln vorbei; seine Einbildungskraft entbrannte immer mehr und mehr, bis plötzlich ein ungefürttes, unaufhaltames Lachen losbrach und ihn wie mit einem kalten Wasserstrahl übergoß.

„Mäterschen, ich komme um! Ich komme um, rettet mich!“ brüllte der Beamte.

Alisan verdüstete.

Manchmal kam es auch vor, daß man ihn etwa drei Stunden da behielt, amüsierte sich in gleicher Weise über Alisan und über Cook und entließ ihn dann mit den Worten: „Geh, wir brauchen nichts!“

Schlecht ging es ihm. Der blaue, baumwollene Kittel, den ihm der Vormund im ersten Jahre seiner Vormundschaft gegeben hatte, bedeckte noch immer Alisans Schultern, denn er hatte keinen andern. Und wenn der Bursche über sein Mißgeschick nachdachte, so kam er zu der Ueberzeugung, daß an allem einzig und allein Kapitän Cook schuld sei.

So verunglückte der berühmte Seefahrer, der einst bei den Sandwichsinseln seinen Tod gefunden hatte, zum zweiten Mal im Sumpf der Gasse — vor den Kutschern, alten Weibern, Jungen, ja selbst von den Hunden zu Tode kritisiert. Und zugleich mit Cook ging auch der gutmütige Alisan zugrunde.

Sein trauriges Schicksal wurde von den Einwohnern einerseits zur Kenntnis genommen, indem die Leute sagten: „Seht nur Alisan an, er hat immerfort seine Bücher gelesen, und was ist aus ihm geworden. Reint wie ein Mondfuchtiger!“

U: d dann diente der Fall Alisans auch zur Belehrung für andere und hieß es gewöhnlich: Was sieht dich zur am; das

Buch, immer das Buch! Laß es doch nur sein! Es kommt nichts Gutes dabei heraus für dich. Sieh' nur Alisan an, der hat in einemfort gelesen — wer vor Hunger krepiert wird wie ein Hund, das wird Alisan sein.

(Deutsch von Nabja Straffer.)

## Frauenbildung in Japan

Auch nach Japan, wo die Frau so lange in der traditionellen buddhistischen Unterdrückung nur als Spielzeug und Dienerin des Mannes gelebt hat, bringen allmählich die modernen Ideen, die für die Frau eine größere Freiheit und als Vorbedingung dazu eine erweiterte geistige Ausbildung verlangen. Wir entnehmen einem sehr lehrreichen Artikel Leopold Reischers in der Zeitschrift für Sozialwissenschaften folgende Einzelheiten über die Entwicklung im Lande der Kirschblüte. Die mit dem Regierungsantritt des vorigen Mikado (1868), einsetzende sogenannte Aufklärungsperiode bedeutet zugleich auch den Beginn der neuen Ära in bezug auf die Erziehung und Ausbildung der japanischen Mädchen. 3000 Japanerinnen wurden damals von der Regierung zu Studienzwecken nach Amerika geschickt, doch war man im allgemeinen nur darauf bedacht, die Frauen besser für ihren Beruf als Gattinnen und Mütter vorzubilden. Erst die Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches im Jahre 1890, die den Frauen neue, ungeahnte Rechte gab, brachte in dieser Beziehung eine gewisse Wandlung. Es wurde dadurch den Frauen eine Anzahl Berufe erschlossen, die naturgemäß auch eine bessere Vorbildung verlangten.

Während es bis zum Jahre 1895 nur private höhere Mädchenschulen gab, existieren seit jener Zeit auch derartige öffentliche Anstalten. In diese Anstalten, die einen vier- bis fünfjährigen Lehrplan haben, treten die jungen Mädchen nach Absolvierung der Volksschule ein. Die Unterrichtsfächer sind Japanisch, Englisch, Geographie, Algebra, Naturwissenschaften, Nähen, Haushaltung, Schönschreiben, Zeichnen, Musik, Turnen und auf besonderen Wunsch Erziehungslehre, Handfertigkeit und chinesische Klassiker. Wöchentlich werden 28—30 Stunden erteilt. Ein kaiserlicher Erlass vom Jahre 1899 ordnete an, daß in jeder Präfektur mindestens eine solche Schule vorhanden sein muß. Im Jahre 1909 gab es 159 öffentliche höhere Mädchenschulen mit 46 582 Schülerinnen und 100 private mit 13 000 Schülerinnen.

Ferner gibt es weibliche „Normalschulen“, deren Lehrplan etwa dem unserer Realschulen entspricht, und die in zwei Kurse zerfallen. Der erste Kursus ist vierjährig; die Mädchen müssen mindestens 15 Jahre alt sein und eine fünfjährige höhere Elementarschule mit Erfolg absolviert haben. Der zweite Kursus ist zweijährig und nimmt nur Schülerinnen auf, die das 16. Lebensjahr vollendet haben. Außer den oben genannten Fächern der höheren Mädchenschulen wird hier noch Ethik, Pädagogik, Physik, Chemie und Gymnastik gelehrt. Der zweite Kursus enthält keine Haushaltungslehre und Schönschreiberei. Die diese Kurse besuchenden Mädchen tragen auch eine von der in Japan üblichen Frauentracht abweichende Kleidung, die ihnen eine größere Bewegungsfreiheit gibt. Zur Ausbildung von Lehrerinnen sind einige Lehrerinnenfeminare errichtet worden. Ferner geht die Regierung jetzt dazu über, die weiblichen Post-, Telegraphen- und Eisenbahnbeamten, die man seit Anfang des Jahrhunderts zum öffentlichen Dienst zugelassen hat, Ausbildungsinstitute zu schaffen, nachdem diese Ausbildung bisher nur von privater Seite besorgt wurde.

Seit dem Jahre 1901 hat Japan auch eine Frauenuniversität. Ihr Schöpfer ist der bekannte Schulmann Naruse. Freilich ist die „Universität“ nicht unsern europäischen Universitäten zur Seite zu stellen. Eher könnte man sie noch mit einem „College“ vergleichen. Sie umfaßt vier Wissenszweige: Erziehungslehre, englische Literatur, allgemeine Literatur und Haushaltungskunde. In Verbindung mit der Universität steht eine sechs-klassige Mittelschule nach Art der englischen Gymnasien, sowie ein Internat, in dem alle Schülerinnen, mit Ausnahme der in Tokio bei ihren Eltern wohnenden, leben müssen und zur Erlernung der Hausarbeit angehalten werden. Es wird hier vor allem Wert auf die Ausbildung sozialer Tugenden: Freundschaftsgefühl, Verantwortlichkeitsgefühl, Unabhängigkeit und Selbstvertrauen gelegt.

Erwähnung verdienen schließlich noch die 300 Fachschulen mit zusammen 10 000 Schülerinnen, die die gewerbliche und ionstige Berufsausbildung der Frauen zum Zwecke haben, und in denen Koch-, Handarbeits-, Seidenbau-, Weberei und Färbereiuunterricht erteilt wird. Auch eine medizinische Fakultät mit 300 Studentinnen und eine Musikschule für Frauen gibt es. Wenn im allgemeinen auch heute noch die Ausbildung der Frauen in Japan in erster Linie unter dem Gesichtspunkte ihrer „natürlichen“ Bestimmung als Gattin und Mutter erfolgt, so ist doch nicht zu verkennen, daß durch alle die hier genannten Institutionen, die in ihrer Mehrheit freilich nur den Töchtern der besser situierten Kreise zugänglich sind, die Frau auf ein höheres geistiges Niveau gehoben wird. Im übrigen wird auch in Japan die wirtschaftliche Entwicklung das ihrige zur Selbsterhaltung der Frau und zu ihrer Lösung aus den alten Knechtschaftsfesseln tun.

## Heitere Gabe

Gute Ausichten. Tom: „Heute sah ich das Mädchen, das ich heiraten will. Ich stand hinter ihr am Billettschalter, und sie brauchte drei Minuten, um ein 10-Pfg.-Billet für die Hochbahn zu lösen.“ — Alice: „Und deshalb müchtest du sie heiraten?“ — Tom: „Ja, ich habe es mir genau ausgerechnet, in diesem Tempa könnte sie nie mein Einkommen ausgeben.“

Die Anfertigung aller Garderobestücke  
 in nach unten stehender Reihenfolge ist  
 für Damen die nicht hässlich gelten sollen.

# Mode für Alle

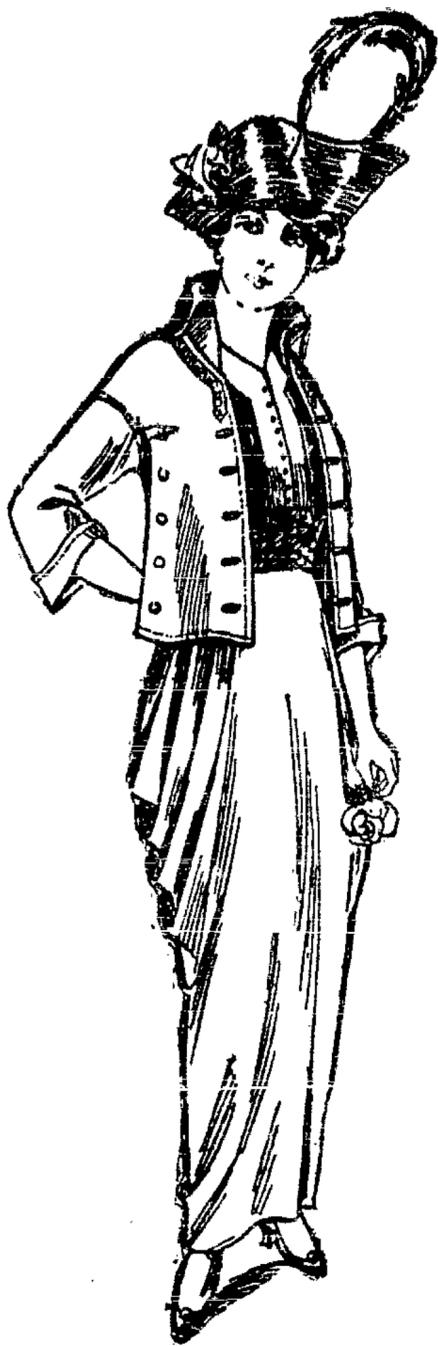
Schnittmuster zu allen Abbildungen  
 in den Formeln 42, 44 und 46 liefern unsere Spezialisten  
 an Mannschaften zum billigen Preise von nur 50 Pfg. die Stück.

Nr. 2620. Vorder- oder Rückansicht eines  
 gerasteten Kleides mit moderner kurzer Jade. Der  
 sonst glatte Rock ist an den Hüften gerastet. Die Falten,  
 welche die Draperie bilden, ordnen sich vorn nach hinten  
 gelegt und hinten nach vorn gelegt, so daß sie an den  
 Hüften gegenseitig zusammenkommen. Dadurch ent-  
 stehen die Hogen, die man Hüftendraperie nennt.  
 Wir haben schon einmal darauf hingewiesen, daß der  
 Stoff zu diesen Hüftendraperien möglichst von oben  
 zugegeben werden soll, um den Sitz des Rockes nicht  
 zu gefährden.

Die Taille besteht aus einer Weste, deren gerade  
 offene Kiefer sich über einer inneren Weste öffnen,  
 die mit kleiner Knöpfen geschlossen ist. Der Hals bleibt  
 frei. Die offenen Kiefer zeigen den gleichen dunk-  
 leren Stoff, wie der hohl gearbeitete, offene Steh-  
 umlegekragen. Es steht also frei, diesen Kragen an der  
 Taillenweste oder an der kurzen Jade anzubringen.  
 Die Jade besteht aus einem Rücken- und zwei Vorder-  
 teilen. Die Schulter ist breit, muß deshalb rund ge-  
 arbeitet werden. Das Armloch ist für sich gehalten  
 und wird der dreiviertel lange Ärmel untergelegt.  
 Die lose Jade zeigt vorn je 2 Reihen Knöpfe und  
 Knopflöcher, am Rücken nur Knöpfe. Um den Hals  
 ist eine der feinen schmalen, gestickten Bordüren an-  
 gebracht, von denen eben gesprochen wurde. Es würde  
 sich empfehlen, diese Bordüre am Ärmel zu wieder-  
 holen. Gestickter breiter Gürtel in den Farben der  
 Stickerei. Erforderliches Material: 4 m bei 1,10 m  
 Breite.



Nr. 2620. Rückansicht.



Nr. 2620. Gerastetes Kleid mit moderner kurzer Jade.

## Modebrief

Der weiblichen Handfertigkeit wird erfreulicherweise in neuerer Zeit wieder  
 mehr Interesse zugewendet, als es in den letzten 20 Jahren der Fall war. Das ist  
 in doppeltem Sinne zu begrüßen. Aus Sparsamkeitsgründen sowohl als aus  
 ethischen Gründen. Was alles läßt sich durch geschickt, d. h. an richtiger Stelle,  
 angebrachte Handarbeit verschönern, was ersparen? Wir sehen heute Kleider und  
 Blusen aus Wuschstoffen, creme und weiß in Farbe, aus Baumwollstoffe, Treppe,  
 Leinen gefertigt, die alle durch teils einfache, teils sehr fein ausgeführte farbige  
 Wollstickereien, apart aussehen. Alle diese Stoffe sind nicht teuer und wirken an  
 jugendlichen Gestalten frisch und gefällig, unter Umständen interessant, wenn mit  
 Handarbeiten geschmückt, die durch Zeichnung und Farbenwahl einen verfeinerten  
 Geschmack betonen. Die Blusen vorn im bekannten Simonofchnitt gehalten werden  
 von einer etwa 4 cm breiten Stickerei um den Hals und an den beiden, sich kreuzenden  
 Vorderteilen entlang und um den Rand des langen Ärmels verziert. Kostenpunkt des  
 Stoffes 1,50 M. bis 2 M., wenn in Baumwollstoff. Die Stickerei als Handarbeit  
 gibt als Bierde den Werteffekt. An Mantelkragen, an Umhängen sind Stickereien  
 gerne gesehen. Ebenso an Schürzenenden und an den jetzt so beliebten Westen.  
 Man kann die ganze Weste besticken oder nur eine Bordüre anbringen. Bei all  
 diesen Ratsschlägen ist aber eine gewisse Mäßigung zu empfehlen. Es dürfen nicht  
 zuviel Stickereien angebracht sein, auch nicht in grellen Farbensammlungen.  
 Einmal weil der gute Geschmack es so verlangt und weil an allem Zuviel man  
 sich bald satt sieht. Dasselbe gilt auch von Kinderkleidchen und Schürzen, die gerne  
 mit bestickten Kragen und Puffen ausgestattet werden. Mit diesen Handarbeiten  
 im angeedeuteten Sinne verwendet, ist die Schönheits- und die Sparsamkeits-  
 frage gelöst. Wir sprechen aber auch von ethischen Gründen, und diese bestehen  
 darin, daß wir die Handarbeit der Frau höher einschätzen und daß die Frau, die  
 nicht im Erwerbsleben steht, lernt, ihre Zeit besser einteilen und verwerten. Daß  
 Schöne und Beste dürfte aber sein, daß die moderne Frau bei dieser Arbeit Ein-  
 lehr halten kann, Zeit findet auf sich selber zu bestimmen und auf die Pflichten, die  
 ihr obliegen als Hausfrau, als Ehefrau, als Mutter oder auch als Hausarbeiterin,  
 die sich erst eine Zukunft zu formen gedenkt. Es gibt in jedem Falle eine Menge  
 Gedanken, die geordnet werden können, um später zu Taten zu reifen. Bei der-  
 artigen Handarbeiten läßt sich alles schön überdenken. Nicht so, werthe Leserinnen?

## Neuartige elegante Hüte.

Nr. 2621. Neuartiges Hut  
 mit Federgarnitur. Abbildung  
 Nr. 2621 muß die Form ge-  
 lauft werden. Jenseit ein Federn-  
 gesteck oder eine kleine Feder,  
 auch eine Blume, ein Bündel  
 Blätter, bilden die einzige Gar-  
 nitur.

Nr. 2622. Einfacher und doch sehr eleganter Hut.  
 Es ist ein Vorzug der heutigen Mode, daß sie mit der  
 bescheidensten Garnitur große Effekte erzielt. Eine  
 aparte Form und irgend ein ebenso apartes Gestick  
 oder Blume und der sehr elegante Hut ist fertig, den  
 sich unsere Leserinnen sehr wohl selbst herstellen können.  
 Sogar aus einer vorjährigen Form, die breitrandig  
 ist und einen niederen Kopf hat. Man schlägt in diesem  
 Fall, den vorderen Rand quer nach hinten und den  
 hinteren Rand nach vorn, schiebt soweit über-  
 einander, um eine Hutform neuesten  
 Geschmacks zu erhalten. Ist der Rand  
 zu breit, trennt man einige Sorten ab.  
 Durch das Uebereinanderdrücken entstehen  
 Spalten, die man so dirigiert, wie auf dem  
 Bild zu sehen. Durch diese schiebt man  
 wie ersichtlich, Federngestecke oder neuerdings  
 auch Schilfblätter, lange Federn. Beides  
 ist in hellen und dunklen Farben erhältlich.  
 Der Hut ist ein erneuter Beweis, wie  
 mit kleinen Mitteln große Effekte erzielt  
 werden können, wenn man eine richtige  
 Anleitung hierzu fand.



Nr. 2621.



Nr. 2622.

Kleider- und Blusenstoffe  
 Besatzartikel  
 Futterstoffe Kurzwaren

# A. C. Stenzel

Danzig  
 Fischmarkt 28-34

Regierung die Forterhebungen der Wertzuwachssteuer den Gemeinden überlassen werde.

**Der Generalfeldmarschall vor 1200 Sozialdemokraten.**  
An der Eröffnung der Ausstellung: „Unsere Jugend“ in Essen, die am Freitag erfolgte, nahm auch der „Vater“ des Jungdeutschlandbundes, Generalfeldmarschall v. d. Goltz teil. Fast es auch auf die sozialen Bestrebungen der Ausstellung wie die Faust aufs Auge, so gebärdet sich doch der Jungdeutschlandbund, als ob er das Wichtigste an der Ausstellung sei. Auf Samstagabend hatte er einen Vortrag des Generals v. d. Goltz über das Wesen des Jungdeutschlandbundes arrangiert, der von 2500 Personen besucht war. Mehr als 1200 waren Parteigenossen, die das Saalparterre besetzten, sodass die Patrioten auf die Saalfelken und die Galerien angewiesen waren. Als bei dem eintretenden Hoch auf v. d. Goltz ein großer Teil im Saal sitzen blieb, richtete v. d. Goltz seinen Vortrag sehr vorsichtig ein, wurde auch ohne Unterbrechung angehört. Nach dem Vortrag schickten sich die Arrangeurs an, ohne Kaiserhoch den Saal zu verlassen. Sie erreichten dadurch zwar, dass es nicht zu einer Diskussion kam, aber tausendstimmig brauste ein Hoch auf die Sozialdemokratie und die Marschallkette durch den Saal und erst als dieser leer war, gelang es den Patrioten auf den Emporen, mühsam etwas Schwung in: „Deutschland, Deutschland über alles...“ zu bekommen. — Eine solche Demonstration hätte sich v. d. Goltz sicher nicht träumen lassen!

### Mexiko

**Der Sieg der Revolutionäre scheint bevorzustehen.**  
Nach einer Meldung des Admirals Mayo richtete der Führer der Aufständischen in Tampico, General Cabellero am Montag durch die Handelskammer Tampico an alle mexikanischen und spanischen Geschäftshäuser das Ersuchen, freiwillig sich zu einem Beitrag für die Sache der Konstitutionalisten zu verpflichten. Bisher wurde keine Forderung an andere fremde Handelshäuser gerichtet. Es scheint, dass dieser Beitrag nicht in der Form einer regelmäßigen Kriegsteuer, noch auch in der Form einer Vorauszahlung irgendwelcher Steuern für eine bestimmte Periode gedacht ist, für welche Leistungen ausgegeben werden. Nach einer Meldung an das Marine-departement, erfuhr Admiral Howard aus zuverlässiger Quelle, dass Lepic geflohen von den Konstitutionalisten unter Führung des Generals Blanco erobert wurde und das ebenso San Blas von den Konstitutionalisten besetzt ist.

### Danziger Nachrichten

#### Eine recht interessante Versammlung

fand in Paunental statt. Sie war vom Christlichen Metallarbeiterverband für die Arbeiter der Nietensfabrik einberufen und sollte eine Protestversammlung sein gegen die vom Deutschen Metallarbeiterverband am 7. Mai einberufene Agitationsversammlung, in der Genosse Leu referierte. Die Genossen Leu und Früngel waren eingeladen und natürlich auch erschienen. Den Hinhinrichtungssatz der beiden wollte Herr Gaitowski vornehmen. Auf Antrag Früngels gewährte die Versammlung den Delinquenten dieselbe Redefreiheit wie dem Referenten. Schweren Herzens musste sich der Leiter der Versammlung darin finden. Nun legte Herr Gaitowski los und behauptete, Leu und die, die mit ihm einverstanden wären, trieben Arbeiterverrat. In großer Breite wurde dann die Sozialdemokratische Partei maulstot geredet und von den Freien Gewerkschaften berichtet, dass sie nur noch eine recht kurze Lebensdauer hätten. Ueber kurz oder lang würden sie aufgelöst und dann gäbe es nur noch eine sozialdemokratische Partei. Die christlichen Gewerkschaften zerplitterten nicht die Arbeiterbewegung. Das tue die Sozialdemokratie, in welcher kein Katholik Beiträge bezahlen könne. Seines Glaubens wegen würde er dort nur verhöhnt. Die Freien Gewerkschaften hielten nur der Terror zusammen. Dann wurde der München-Glabbacher Bitatenack ausgekratzt. Selbst Zeitungsausschnitte von 1905 mussten noch als Brennstoff für den Scheiterhaufen dienen, auf dem die Freien Gewerkschaften gebraten werden sollten. Nach einer Stunde Redezeit war anscheinend das „Material“ erschöpft.

Als erster Diskussionsredner erhielt Genosse Leu das Wort. Er schilderte die Kämpfe der Arbeiter um wirtschaftliche und politische Rechte. Mit gutem Recht forderten die Arbeiter, wer Pflichten zu erfüllen hat, solle auch Rechte bekommen. Diese mache man ihnen streitig. Das wichtige Koalitionsrecht stehe dauernd in Gefahr. Im Bunde mit den Scharfmachern sammelten die christlichen Gewerkschaften Material gegen die freien Organisationen. Beweis sei der Fall Schopohl, in welchem der Behörde Material gegen den Holzarbeiterverband geliefert wurde. Dass die christlichen Gewerkschaften mit den Gelben Hand in Hand arbeiteten, beweiße die Wahl zum Versicherungsamt in Danzig. Auch ihr Verhalten bei den verschiedenen Lohnkämpfen in Rheinland und Westfalen, sowie der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet lehrten, wie weit ab sie noch davon entfernt wären, die Interessendvertretung der deutschen Arbeiter zu übernehmen. Reicher Beifall bezugte, dass Leu den Freispruch der Versammlung von der Anklage des Arbeiterverrats in der Tasche hatte.

Genosse Früngel ging des näheren auf den Christlichen Metallarbeiterverband ein. Er tat es an Hand des Jahresberichts und wies nach, dass der Christliche Metallarbeiterverband in ganz Deutschland nur 39 000 zahlende Mitglieder habe. Gerade im Osten übe er so gut wie keinen Einfluss auf die Gestaltung der Lohnverhältnisse aus. Der Jahresbericht des Bezirksleiters Gaitowski führe eine Reihe Orte auf, wo der Christliche Metallarbeiterverband vertreten sein soll, während in der Jahresabrechnung kein Pfennig in Einnahme zu finden sei. Der ganze Bezirk, umfassend Ost- und Westpreußen, das halbe Posen und Pommern, weise nach der Abrechnung nur etwas über 500 Mitglieder auf. Daher sei auch der Hilfsruf im Jahresbericht erklärlich, wo es wörtlich heiße: „Dass in dem Kampfe gegen die christlichen Gewerkschaften auch Nichtarbeiter zu finden sind, schmerzt bitter. Möchten doch diese Personen recht bald zur Erkenntnis kom-

men, dass nur die christlichen Gewerkschaften dem Vormwärtsdrängen der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaft Einhalt tun können.“ Da wäre Zweck und Ziel der christlichen Gewerkschaften in Reinkultur! Angesichts dieser Tatsachen sei der Platz der Arbeiter nicht in den Reihen der christlichen Gewerkschaften, sondern in denen der freien Arbeiterbewegung. Auch hier gaben die Anwesenden durch Beifall zu erkennen, dass ihnen Früngel aus dem Herzen gesprochen hatte. Eine Resolution der Versammlungsleitung wurde darum auch nicht eingebracht. Die Aussprache hat den Kern der einzelnen Meinungen gezeigt, und das war gut. Ob der Einberufer freilich über den Verlauf der Versammlung ebenso befriedigt ist, wagen wir zu bezweifeln.

### Korruption

Zu dem in unserer Nr. 32 am 7. April erschienenen Artikel unter dieser Ueberschrift druckten wir am 18. April in der Nr. 40 eine Berichtigung der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau-Aktiengesellschaft zu Berlin ab. Die Firma bestritt, in irgend welchen Beziehungen zu den Vorwürfen zu stehen, die unser Artikel gegen den Stadtverordneten Dr. Lenz richtete.

Wir können heute erklären, dass diese Firma tatsächlich nur infolge einer Verwechslung von uns genannt worden ist. Sie steht mit den Dingen, die unser Artikel kritisch besprach, in keiner wie immer gearteten Verbindung. Die Fernzündung ist überhaupt nur infolge eines Irrtums in den Artikel hineingekommen.

Wir möchten daher nachdrücklich betonen, dass die Firma nur infolge eines Verfehens, das wie lebhaft bedauern, in der Kritik erwähnt worden ist. Es liegt nicht der mindeste Anlaß zu einem Angriff gegen sie vor.

Die Schlussfolgerungen unseres Artikels in bezug auf den Herrn Stadtverordneten Lenz bleiben, von dem Irrtum mit der B. A. M. A. G. abgesehen, durch diese Richtigstellung unberührt.

### Gewerbegericht vom 19. Mai 1914.

**1. Unpünktliche Lohnzahlung berechtigt zum sofortigen Verlassen des Dienstes.** Der Schneidermeister Obermeil zahlte seinen Gesellen am Lohntage 18 Mark. Den Rest von 8 Mark erhielt der Geselle erst auf ausdrückliche Forderung am anderen Tage. Als am nächsten Lohntage der Schneider wieder nur 18 Mark bekam, legte er die Arbeit nieder. Die restlichen 6 Mark will der Schneidermeister wegen Kontraktbruch nicht zahlen. Der Tarif für das Schneidergewerbe, der keine Kündigungsfrist vorsieht, kam hier nicht in Frage, weil beide erklärten, mit dem Tarif hätten sie nichts zu tun.

Das Gericht verurteilte Obermeil zur Zahlung des Restlohns. Der Kläger sei zum Verlassen der Stellung berechtigt gewesen.

**Rückständiger Lohn.** Die Schrauben- und Nietensfabrik war auf Zahlung des Lohnes für 6000 Schrauben verklagt. Die Schrauben wurden von der Eisenbahnbehörde nicht angenommen, weil sie zu kurz waren. Die Firma zahlte deshalb keinen Lohn für die Arbeit. Später fanden die Schrauben jedoch einen Käufer. Um Erörterungen der Angelegenheit aus dem Wege zu gehen, erklärte sich die Firma zur Zahlung der eingeklagten Summe bereit.

### Von der Strafkammer.

**1. Eine unüberlegte Handlung.** Der Kaufbursche M. hatte sich häufig mit seinem Arbeitskollegen geredet und ihn gehänselt. Eines Tages gerieten sie aber heftig aneinander. Dabei stach M. seinem Gegner mit dem Messer in den Rücken. Schwere Folgen hat die Verletzung nicht gehabt. Der Staatsanwalt beantragte vier Monate Gefängnis. Den Strafausschub hat er nur dann zu befürworten, wenn der Junge in Zwangserziehung komme. Das Urteil lautete auf drei Monate Ge-

fängnis. Bei guter Führung soll ihm die Strafe geschenkt werden.

**Von einem Danziger Kaufmann erhalten wir über ein Abenteuer mit der hiesigen Polizei folgende Zuschrift:**

„Am 5. Januar d. Js. versäumte mein Kaufbursche die Fortbildungsschule. Obwohl ich zu der nächsten Unterrichtswoche ein Entschuldigungsschreiben mislandete, erhielt ich eine Strafverfügung. Auf meinen Antrag, in dem ich gerichtliche Entscheidung nachsuchte, teilte mir das Polizeipräsidium mit, dass die Strafverfügung zurückgenommen sei. Einige Tage später kam eine neue Strafverfügung wegen des versäumten Fortbildungsschulunterrichts. Auch gegen diese erhielt ich gerichtliche Entscheidung nach. Nun erschien ein Schutzmantel bei mir und erbat im Namen des Polizeipräsidenten das Schreiben, durch das die erste Strafverfügung aufgehoben wurde; nachdem das Polizeipräsidium darin Einsicht genommen hätte, würde ich das Schreiben wiedererhalten. Trotz mehrmaliger Aufforderung von mir geschah das aber nicht. Im Verhandlungstermin vor dem Schöffengericht hat ich den Richter um die Rückgabe des Schreibens. Auch der lehnte die Herausgabe ab und verurteilte mich zu einer Strafe von 3 Mark. Ich habe Berufung eingelegt und die Strafkammer wird die Angelegenheit nachzuprüfen haben.“

Das Verfahren der Polizei erscheint einigermaßen wunderlich. Gilt der Rechtsgrundsatz, daß niemand wegen eines Vergehens zweimal bestraft werden kann, denn nicht für Polizeitrafen?

### Danziger Viehpreise

vom 19. Mai.

(Für 50 Kilo Lebendgewicht.)

**Ochsen.** Vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwerts, die noch nicht gezogen haben (ungejocht) 45—46 Mark, junge fleischige, nicht ausgewachsene und ältere ausgewachsene 42—44 Mark, mäßig genährte junge, gut genährte ältere bis 40 Mark.

**Bullen.** Vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwerts 43—45 Mark, vollfleischige, jüngere 40—42 Mark, mäßig genährte junge und gut genährte ältere 35—39 Mark, gering genährte bis 34 Mark.

**Färren und Kühe.** Vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren 32—40 Mark, ältere ausgewachsene Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färren 33—36 Mark, mäßig genährte Kühe und Färren 27—30 Mark, gering genährte Kühe und Färren bis 24 Mark.

**Kälber.** Doppellender, fettester Mast 75 Mark, fetteste Mastkälber 60—65 Mark, mittlere Mast- und beste Saugkälber 50—55 Mark, geringere Mast- und gute Saugkälber 40—48 Mark, geringere Saugkälber bis 35 Mark.

**Schafe.** Mastkammer und jüngere Masthammel 42—43 Mark, ältere Masthammel, geringere Mastkammer und gut genährte junge Schafe 37—40 Mark, mäßig genährte Hammel und Schafe (Wergschafe) 29—32 Mark.

**Schweine.** Frittschweine über 150 Kilogramm Lebendgewicht 42—43 Mark, vollfleischige von 120 bis 150 Kilogramm Lebendgewicht 41—43 Mark, vollfleischige von 100 bis 120 Kilogramm Lebendgewicht 40—43 Mark, vollfleischige Schweine von 80 bis 100 Kilogramm Lebendgewicht 39—42 Mark, vollfleischige Schweine unter 80 Kilogramm Lebendgewicht 37—40 Mark, ausgewachsene Sauen 37—41 Mark, unreine Sauen und geschnittene Eber bis 36 Mark.

### Polizeibericht vom 19. Mai 1914.

**1. Verhaftet:** 8 Personen, darunter 2 Personen wegen Körperverletzung, 3 Personen wegen Hausfriedensbruches, 1 Person wegen Trunkenheit.

**2. Obdachlos:** 2 Personen.

**3. Gefunden:** Eine schwarze Handtasche mit Portemonnaie, Schlüssel, Taschentuch und Handschuhen; eine rote Korallenkette; ein silbernes Medaillon, bestehend aus einer Münze; ein Fahrrad (gez. Brennabor), abzuholen aus dem Fundbüro des königlichen Polizeipräsidiums; ein Schlüssel am Ringe, abzuholen von Herrn Gustav Timm, Hafelwerk Nr. 20, 1 Tr.; ein goldenes Kettenarmband, abzuholen aus dem Geschäft von Penner, Porlebachgasse Nr. 6a.

**4. Jugendaufen:** Ein weiß, braun und schwarz gefleckter Bernhardinerhund, abzuholen von Herrn Gustav Doroff, Hauptstraße Nr. 182, eine Lärcherhündin, abzuholen von Herrn Karl Franz, Große Schwalbengasse Nr. 24.

**5. Verloren:** Ein grauer Bombabour mit grünem Futter, enthaltend ein Portemonnaie mit zirka 15 Mark, Schlüssel und Taschengeld.

Nur Holzmarkt 3, 1. Etage

# Schuhwaren!

Nur Holzmarkt 3, 1. Etage



Bevor Sie Ihren Bedarf in **Schuhwaren** decken, wollen Sie erst die enorme Auswahl in meinem **Schuhwaren-**

## Engros-Lager

besichtigen.

Einzel-Paare werden an Private zu sehr billigen Preisen abgegeben.

### Einige Beispiele:

#### Herren-Stiefel

Chrom-Chevreaux-Schnür mit Lackkappe, neue Formen . . . . . 5.90  
Rindbox-Zug- und Schnür . . . . . 6.90  
Echt Boxcalf . . . . . 8.75

#### Damen-Stiefel

Chrom-Chevreaux mit Lackkappe, neue Formen . . . . . 4.90  
Ross-Chevreaux . . . . . 6.25  
Echt Boxcalf . . . . . 7.90

Grosses Lager in: **Farbigen Damen-, Herren- und Kinder-Stiefeln**  
**Einsegnungs-Stiefel enorm billig!**

**Franz Boß**

# Holzmarkt 3, 1. Etage

im Hause Gustav Springer Nachf. — neben Kredithaus Grau.

10 R. — S. d. Schmiedegesellen Gustav Dufay, 6 W. — Schlosser-  
 gefelle Anton Albert Rupp, 42 J. 8 W. — Witwe Bertha Hahn geb.  
 Egerwinski, 89 J. 7 W. — Witwe Malwine Schimanski geb. Kuni-  
 cowski, 88 J.

Langfuhr.  
 Todesfälle: Kaufmannsrau Marie Penner geb. Penner, 88 J.  
 8 W. — Arbeiter Paul Seltz, 63 J.

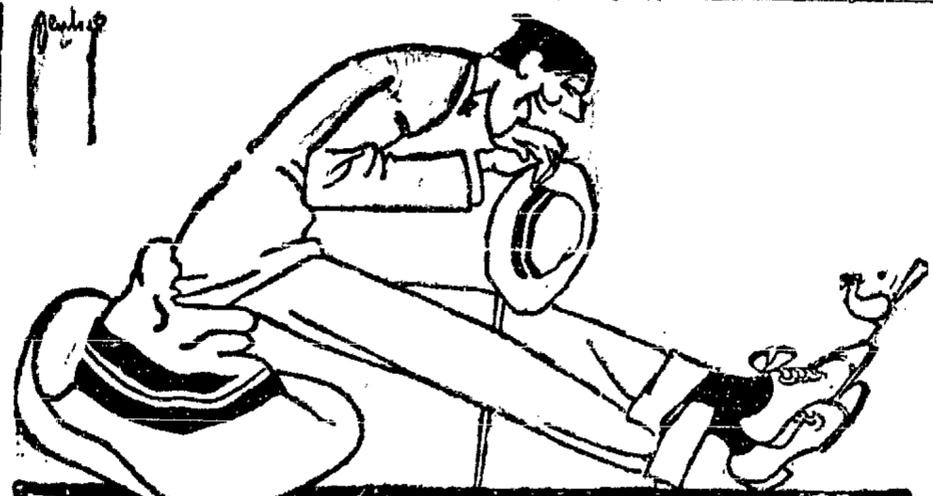
Standesamt vom 19. Mai.  
 Danzig.  
 Todesfälle: Witwe Amalie Wagan geb. Maenke, 90 J. 3 W. —  
 Witwe Laura Moeditz geb. Jankowski, 83 J. 5 W. — T. d. Arbeiters  
 Heinrich Drozdzke, 1 1/2 Stunde. — S. d. Arbeiters Karl Proch, 6 J.

Hierzu 1 Beilage.  
 Verantwortlich für die Rubriken „Danziger Nachrichten“ und „Aus  
 Westpreußen“ Anton Kooten-Danala. Für den übrigen Inhalt des  
 Blattes Hans Wittmann-Königsberg i. Pr. für Inserate Franz Unter-  
 hall-Danzig. Verlag Volkswacht J. Wehl u. Co., Danzig.  
 Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

# Achtung! Öffentliche Radfahrer-Versammlung

in Danzig, Freitag, den 22. Mai, abends 7 1/2 Uhr,  
 Maurerherberge, Schüsselbamm 26.  
 Thema:  
 Der Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ ein Zweig  
 der modernen Arbeiterbewegung.  
 Referent: Bundestafflerer W. Zimmermann, Offenbach am Main.

Der grosse  
**Einzel-Verkauf**  
 im **Josef Spitzer'schen Konfektionshause,**  
**Langgasse 2, erste Etage,**  
 zu enorm billigen Preisen  
**wird fortgesetzt.**  
 Es gelangen zum Verkauf:  
 Fesche weiße und farbige Kleider, Kostüme, Sport-Pa'etots,  
 Kostümröcke, Seidenblusen, Morgenröcke, Mäntel, Frauen-  
 kostüme, Leinenkostüme, Backfisch-Konfektion, Staub-  
 mäntel etc.  
 Die festgesetzten Preise sind auf jeder Etikette verzeichnet.  
 Kein Umtausch. — Keine Auswahlendung.  
 Ueberzeuge sich jeder von den enorm billigen Preisen.  
 Verkaufszeit von 9—1 und 3—7 Uhr.  
 Verkauf nur  
**Langgasse 2, erste Etage.**



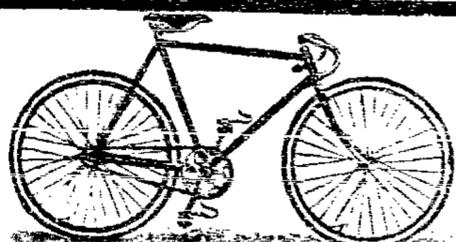
**Panama-Ersatz**  
 In verschiedenen  
 chicen Formen mit  
 Tuchband Garnitur.  
**Reclame-Preise**  
 1. 1. 2.  
**English Club**  
 Breitgasse 106/107. Jopengasse 13.

**Sozialdemokratischer Verein Danzig - Stadt**  
 Freitag d. 22. Mai, abends 8 Uhr, bei Steppahn in Schildstr.  
**große Vertrauensmänneritzung**  
 Tagesordnung: 1505  
 1. Unsere Parteioorganisation. Redner Genosse Leu.  
 2. Der Westpreussische Parteitag. Redner Genosse Gehl.  
 3. Sonstiges.  
 Die Genossen und Genossinnen des Vorstandes, der Be-  
 zirksleitungen, die Gruppenführer, die Hauskaffierer und die-  
 jenigen Genossen, die außerdem noch eine schriftliche Einladung  
 erhalten haben, sind berechtigt an dieser Sitzung teilzunehmen.  
 Eintritt nur unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und  
 der schriftlichen Einladung.  
 Der Vorstand.  
 J. A.: Eugen Sellin.

**Im Tüferrüsting**  
  
 Anzüge in ein- und zweifarbiger Ausführung  
 — Goldgewebe —  
 — Seidenstoffe für feine Herren-  
 Toiletanzug ausführt

**Hohen Nebenberuf**  
 f. jedermann d. neue leichte Hand-  
 arbeit i. eig. Heim. Arbeit nehme ab  
 u. zahle sof. aus. Muster u. Anleit.  
 g. Einl. v. 30 Pf. inkl. Nachn. 30 Pf.  
 mehr. Versandhaus J. Engelbrecht  
 Stadtborg 144. b. München. [362]

**Menschen-schlachthaus**  
 Bilder vom kommenden Krieg!  
 Preis 1,00 M.  
 Porto: Druckfache 10 Pfg  
 Volkswacht - Buchhandlung, Danzig, Paradiesgasse Nr. 32



**Grosses Lager in Fahrrädern**  
 Zubehör und Ersatzteile. Nähmaschinen, vor-  
 rückwärtsgehend. **Eigene Reparaturwerkstätte**  
 für Fahrräder und Nähmaschinen. Teilzahlung gestattet.  
 Wer wirklich gut bedient sein will, der kaufe nur in der  
**Danziger Fahrradzentrale**  
 Ernst Röhl, Breitgasse 56.



Ein Hochgenuss für jeden Raucher sind meine  
 Hausmarken 17 u. 19. 3 Stück 7 Pfennig  
 J. NITZEL, Paradiesgasse 32, neben der Volkswacht.

**F. Kuhn, Waffentz.**  
 empfiehlt sein  
**Herren-Anzüge**  
 billig zu verkaufen  
 Hut- und Mützensgeschäft.  
 Milchbannengasse 15. 13r.

**Elbing**  
**Proben heißt Loben**  
**Arbeits- u. Berufskleidung**  
 jeder Art.  
 Größtenteils eigener Anfertigung, daher beste Stoffe und saubere Näharbeit.  
 Spezialitäten:  
**Bettfedern und Daunen aus erster Hand.**  
 Ein Versuch meiner Spezialsorten führt zu dauernder Verbindung.  
**Westeinwicklungen und Bezüge in allen Breiten und Qualitäten**  
 empfiehlt  
**A. Haustein**  
 Brückstraße 1/2 **Blanc Marken.** :: **Feste Preise.**